

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Beitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7565.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49.

Sonnabend, den 6. Dezember 1913.

17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ist kein Geld da? — Bericht der Landeskonferenz von Elßaß-Lothringen. — Die Kapitalmacht der Gewerkschaften und Konsumvereine. — Arbeitsmethoden der Berliner Marmorarbeiter unter dem Tagelohnsystem. — Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter. — Dritter christlich-nationaler Arbeiterkongress. — Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Bekanntmachungen der Expedition. — Denn er hatte keine Perle. — Literarisches. — Die Volkshilfe. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Ein Urteil, welches sich die Marmorarbeiter merken sollen. — Kirche und Gewerkschaften in Deutschland. III. — Bericht von der Distriktskonferenz in Essen. — Ingenieure als Marmorarbeiter. — Der internationale Straßenbau-Kongress in München. — Der Hauskater. — Feuilleton: Reiseliste. — Wie eine neue Menschenrasse entsteht. — Brot.

Schuh wiegt $6\frac{1}{2}$ Zentner. Von diesen Schiffen sind seit 1906 immer größere in die See gesetzt worden:

4	Schiffe zu je	38 700 000	Mk.
5	"	47 100 000	"
6	"	48 145 000	"
4	"	50 130 000	"

— also für etwa 770 Mill. Mark. Nehmen wir an, die deutsche Regierung erklärte sich bereit, das ihr von England angebotene Freizeitarbeit im Schiffsbau anzunehmen und nur 1 oder 2 Schiffe weniger zu bauen, das ersparte Geld aber den Arbeitslosen zuzuwenden. Jeder arbeitslose Familienvater soll für höchstens 10 Wochen je 10 Mk. erhalten, also $10 \times 10 = 100$ Mk!

Allein mit dem Gelde für ein einziges Kriegsschiff wären danach ganz bequem

500 000 arbeitslose Familien 10 Wochen lang zu unterstützen! 500 000 Arbeitslose könnten Verringerung ihrer drückendsten Not erfahren, wenn der Militärmosch nur einen kleinen Teil seiner Forderung fallen ließe. Die Ersparnisse für Offiziere, Bemannung und Unterhaltung des Schiffes könnten dazu verwendet werden, die außer Beschäftigung gesetzten Werftarbeiter anderweit unterzubringen. Denn da die 50 Mill. Mark bei den Arbeitslosen doch auch verbraucht, d. h. in Waren umgesetzt werden, ergibt sich für die ausfallende Beschäftigung in der Werkstätte in der Nahrungsmittel-, Kleidungs- und Wohnungsindustrie. Was jetzt als Produkt der Panzerplattenindustrie verschwindet, würde das Handwerk befruchten!

In der Marine würden aber nicht nur die einmaligen, sondern auch die laufenden Ausgaben für dieses Schiff gespart, und das ist nicht wenig. Schon in der vorletzten Schiffsklasse, der Helgolandsklasse, kostete jedes Stahlgeschloß, das in die Luft gejagt wird, 1800 Mk., jede Granate rund 1000 Mk. Wovon eine Arbeiterfamilie — manchmal auch zwei — bei guter Beschäftigung ein ganzes Jahr leben muß, das kostet ein einziges Geschloß wie sie bei Schießübungen, im Manöver usw. öfter in die Luft geschossen werden. Damit sind aber die Kosten des Schusses bei weitem nicht erschöpft. Die ungeheuren Explosionen der gewaltigen Geschosse üben natürlich auch kolossale Zerstörungen auf die „Seele“ des Rohres aus, mehr wie 120—200 Schuß hält kein 30-Zentimeterrohr aus, bei den größeren Kalibern etwa noch 100 Schuß. Dann ist das Rohr vernichtet und muß mit mehr als einer halben Million ersetzt werden.

6000 bis 8000 Mark kostet jeder Schuß in Wirklichkeit, also sozial, als 4—8 Arbeiterfamilien im ganzen Jahre zu leben haben, oder jodel, damit 60—80 Arbeitslose 10 Wochen lang unterstützt werden könnten! England hat angeboten, den Bau seiner eigenen Schiffe genau so lange ruhen zu lassen, als der deutsche eingestellt wird. Das Zugeständnis wäre also weder besonders großartig noch gefährlich.

Aber wo wird der Militarismus auf arbeitslose Proletarier Rücksicht nehmen? Er wälzt mit dem Gelde. Ihm stehen Hunderte, Tausende von Millionen jedes Jahr zur Verfügung, heißungsrig schlingt er sie hinunter. Keinen Bissen tritt er den armen ab. Mögen sich Kriegsveteranen von 1870/71 in ihrer Verzweiflung ums Leben bringen, mögen die Greise von 65 bis 70 Jahren vergeblich auf ihre Altersrente warten und vor der Gewährung ihres Rechts in die Grube sinken, mögen hunderttausend Arbeitslose in kalten Wohnungen um den nötigsten Bissen zum Leben darben — der Militarismus gibt nichts heraus. Er läßt sie sterben, verderben!

Erst wenn die erstarbte und geistig gereifte Arbeiterklasse dem Voloß die Macht aus den Fäusten ringt und selbst über den von ihr geschaffenen Reichtum verfügt, erst dann wird Geld da sein für die darbenenden Brüder und ihre hungernden Familien!

Bericht der Landeskonferenz von Elßaß-Lothringen.

Am 16. November tagte in Straßburg eine Konferenz der Arbeiter von Elßaß-Lothringen, welche dem IX. Gau angehören. Dieselbe war durch 20 Delegierte besetzt. Nicht vertreten war Gewerkschafter Schärer von Straßburg das einleitende Referat. Derselbe kam auf die verschiedenen Agitationsmethoden zu sprechen. Trotz der Krise, die viele zwang, dem Verufe den Rücken zu kehren, gelang es, immerhin noch 600 bis 700 Sandsteinarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Auch der Granitindustrie in den Vogesen dürfte eine Zukunft blühen. So bestehen beispielsweise in Andlau Granitbrüche in solcher Schönheit und Mächtigkeit der Felsen, wie man sie selten antrifft. Die Schwierigkeit, in den Granitbezirken besser vorwärts zu kommen, besteht in dem großen Wechsel und dem vorwiegend italienischen Arbeiterbestand. Zum Schluß zitierte Kollege Schärer noch den evangelischen Herrn Pfarrer Klein von Diemeringen, bekannt durch die Prozesse der Steinbrucharbeiter. Vor einem halben Jahre veröffentlichte derselbe die Artikel, in welchen behauptet wurde, die Zustände unter den Steinarbeitern des Elßaß seien als grauenvoll zu bezeichnen und ganze Familien litten an Unterernährung. Vor wenigen Tagen erschien wieder vom gleichen Herrn ein Artikel dahingehend, daß die gleichen Steinarbeiter und ihre Familien mit ihrem Lohne sehr zufrieden seien. Ob dieser Umschwung in der Ansicht des Herrn auf einen sanften Druck von oben zurückzuführen sei, könne man nicht wissen, eine Besserung der Verhältnisse dürfte in der kurzen Zeit kaum eingetreten sein. Gauleiter Braun kommt auf die Entwicklung der Organisation im Gau zu sprechen. Der Gau zählt am Schluß des dritten Quartals 2158 Mitglieder. Davon sind in Baden 841, in Elßaß-Lothringen 668 und in Württemberg 650 Mitglieder zu verzeichnen.

Elßaß-Lothringen, das im Jahre 1912 einen Jahresdurchschnitt von 443 Mitgliedern hatte, verzeichnete im Jahre 1913 eine Durchschnittsmittgliederzahl von 651. Diese Zahl dürfte uns jedoch keineswegs befriedigen, denn seit dem Jahre 1906 sind in Elßaß-Lothringen 1878 Aufnahmen gemacht worden.

Die Kollegen Borburger und Ganher aus dem Oberelßaßlichen Pflastersteingebiet Geyer-Schweier-Böllinghofen berichten, daß mit der Organisation bei ihnen einigermassen geordnete Zustände eintraten. Während vor ein paar Jahren noch 15 und 16 Stunden täglich gearbeitet wurde, betrage die Arbeitszeit nunmehr 10 Stunden.

Die Delegierten des Bruchgebietes berichten, daß verschiedene Mächte sich der Ausbreitung der Organisation entgegenstemmen. Der Unternehmer, der seinen Profit bedroht sieht, der Pfarrer, der glaubt, durch die Organisation komme die Religion in Gefahr, und der Schnaps, der den Kollegen die Köpfe verwirrt.

Bedauerlich ist nur, daß zurzeit in Elßaß-Lothringen, wo hauptsächlich die Sandsteinarbeiter in Frage kommen, eine große Geschäftslage festgestellt werden mußte. In Straßburg allein sind gegenwärtig 60 Kollegen arbeitslos.

Über die Tarifverträge referierte Kollege Braun. Bis jetzt bestehen in Elßaß-Lothringen nur einige Tarifverträge. Hauptächlich kommt Straßburg und Mühlhausen in Betracht, wo ein Tarif existiert, aufgebaut nach dem System der Flächen- und Umlageberechnung (Bunzlauer Muster). In beiden Städten seien bei Berechnung von einzelnen Positionen schon öfters Differenzen entstanden. In letzter Zeit habe sich die Firma Ritsch in Mühlhausen einen Namen gemacht. Eine allgemeine Erhöhung der Tarife könnten bei den gesteigerten Kosten der gesamten Lebenshaltung wohl beide Städte vertragen. Zu prüfen dürfte auch die Frage sein, ob nicht ein allgemeines Schiedsgericht von Nutzen wäre, da beide Tarife im Aufbau ziemlich gleich sind. In Colmar wurde im Vorjahre ein gleicher Tarif wie in Straßburg abgeschlossen. Am 31. März dieses Jahres war derselbe abgelaufen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als Vertragskontrahent hat bis heute trotz mehrmaligem Drängen unsererseits noch keine Verhandlungen angefangen. Im Pflastersteingebiet Geyer-Schweier-Böllinghofen konnte trotz mehrwöchigen Streiks kein Tarif unterzeichnet werden. Es kam dort nach Unterhandlungen eine Vereinbarung zustande, in der die Preise geregelt waren. Herr Hartmeier erklärte damals stolz: „Mein Wort ist so gut wie meine Unterchrift.“ Dieses festerlich verpackte Manneswort hat Herr Hartmeier gebrochen, er hat die Preise reduziert und Kollegen entlassen und gleichzeitig zieht er Answürfe zu.

In der Diskussion beschäftigte man sich eingehend mit den internen Angelegenheiten beim Ablauf der Tarifverträge. Gewünscht wurde, auf möglichst einheitliche Fassung zu drängen und einmal Errungenes nicht leichtfertig preiszugeben. Kollege Schärer schloß die Konferenz mit einem Hoch auf das weitere Gedeihen und das Wohl des Deutschen Steinarbeiterverbandes. J. Doll.

Die Kapitalmacht der Gewerkschaften und Konsumvereine.

Die Maßregelung eines Beamten der Deutschen Bank, weil er einem nationalen Verein beitrug, hat überall große Entrüstung hervorgerufen. Bekanntlich hat die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften gegen eine solche Scharjmacherei Einspruch erhoben. (Siehe letzte Nummer des „Steinarbeiter“). In der „Konjunktur“ schildert Rich. C a l w e r die finanzielle Macht der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen in folgender Weise:

„Der vielbespöttelte und geschmähte „Arbeitergroßkassierer“ ist heute eine Kapitalmacht ersten Ranges, und man kann es den Organisationen nicht verdenken, wenn sie diese von den Arbeitern zur Bestreitung der Kosten des wirtschaftlichen Kampfes aufgebracht Gelder nicht länger den Großbanken, die doch den Kapitalismus in seiner höchsten Potenz darstellen, als Depositen überlassen wollen. Gerade in den biedersten Kapitalfonds der Arbeiterbewegung liegt heute schon eine gewaltige wirtschaftliche Kraft, die durch eine Gewerkschaftsbank wieder in die Hände der Organisation verpackt und nutzbar gemacht werden kann. Ein Bild von dem Umfange der Geldzirkulation bei den deutschen freien Gewerkschaften bietet die nachstehende Zusammenstellung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Zentralverbände in den Jahren 1908 bis 1911:

	Einnahme	Ausgabe	Kassenbestand
	in Millionen Mark		
1908	48,54	42,06	40,84
1909	50,53	48,26	43,48
1910	64,37	57,93	52,57
1911	72,00	60,02	62,11

Es ist zu berücksichtigen, daß dies nur die Gelder sind, die durch die Kassen der Zentralen gehen. Hierzu kommen noch die Umsätze der lokalen Organisationen.“

Über die Tätigkeit der seit dem Jahre 1909 bestehenden Bankvereine der Großaufsehergenossenschaft deutscher Konsumvereine gibt Calwer folgenden Aufschluß:

	Girokonto	Wechselkonto	
	Debet	Kredit	Einnahme
	in Millionen Mark		
1909	33,13	33,16	5,70
1910	62,41	63,33	14,57
1911	99,13	100,00	22,30
1912	154,54	156,88	31,35

Das Bankeingangskonto entwickelte sich wie folgt:

	Einzahlung	Auszahlung	Bestand
	in Millionen Mark		
1909	6,08	5,33	5,54
1910	9,21	5,58	9,16
1911	17,00	7,09	19,17
1912	29,52	10,67	29,02

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperzt sind: Kupferdreh: Firmen Collin und Brand. — Halle a. S.: Kunststeinwerk Gellert. — Zwingenberg: Granitwerk Rüh & Reinmuth.

Berlin. Die Marmorarbeiter beschloßen, den am 1. März 1914 ablaufenden Tarif zu kündigen.

Bischofsgrün. Wegen erfolgter Maßregelung haben die Pflastersteinarbeiter Zugang nach hier fernzuhalten.

Gefrees (Oberfranken). Bei der Firma Karl Haberstumpf sind mit den Pflastersteinmachern Differenzen ausgebrochen. Die Firma weigert sich nach Tarif zu bezahlen. Zugang ist daher fernzuhalten.

Böllinghofen (Elßaß). Die Pflastersteinfirma Hartmeier hat die organisierten Kollegen entlassen. Wir warnen vor Zugang nach jenem Betrieb.

Deisterreich-Ungarn. Gesperzt sind: Berchtoldsdorf, Krafau, Lemberg, Pucirce, Nabresina, Süttö, Budafalasz.

Ist kein Geld da?

Tausende, Zehntausende von Arbeitslosen sehen mit Grausen dem Winter entgegen. Der Sommer und der Herbst haben ihnen keine oder nur schwache Beschäftigung geboten und nun naht der Winter mit seinen erhöhten Anforderungen und nun naht der Winter mit seinen erhöhten Anforderungen und nun naht der Winter mit seinen erhöhten Anforderungen. Die Stube ist kalt, der Abend senkt sich schneller nieder, aber Holz, Kohlen, Petroleum kosten Geld. Geld, das schon für die Befriedigung anderer Bedürfnisse nicht reicht! Die Kinder zeigen der Mutter die zerrissenen Schuhe, von denen die Fäden herabhängen. Sie juckt mit der Nadel. Sie muß es mit nagendem Schmerz ansehen, wie die Kleinsten ganz an die Stube geklebt sind, weil ihnen Kleidung und Schuhwerk fehlt, während die Schulpflichtigen mit nassen Füßen durch Regen- und Schneewasser laufen und mit heftigem Husten nach Hause kommen, zu dessen Linderung keine Mittel da sind. Die Sonntagssachen sind dort, wo überhaupt welche da waren, längst „auf alle Tage“ angezogen worden, und da sie nun schon nicht vom besten Stoff waren, zerfallen sie trotz aller Präparationsküden förmlich am Leibe. Die Strümpfe sind schon hundertmal geklopft, die Hemden bestehen nur noch aus Klüffeln — für neue Wäsche ist kein roter Heller im Hause. Es reicht ja nicht zum Essen! Der Mittagstisch wird immer larger. Fleisch ist schon lange unbekannt, wenns nur noch zu Kartoffeln langt und ein wenig dünne Suppen. Freilich — der Körperzustand der Kinder läßt eine kräftigere Nahrung dringend nötig erscheinen — aber woher nehmen? Verzweifelt müssen die Eltern den körperlichen Verfall ihrer Kinder von Tag zu Tag, von Woche zu Woche mit ansehen. — Dann kommt der Monatsrest! Einmal schon hat der Wirt die Miete gestundet. Ob er es noch einmal tut? Bieleleicht! Dann oder nicht mehr. Dann beginnt die Angst und die Jagd nach einer andern Wohnung — ohne Geld! Mögen in Berlin, Breslau, Leipzig, München, und an hundert andern Orten sich unabsehbare Scharen Arbeitsloser hilflos herumverirren — Arbeitslosenunterstützung ist einfach nicht möglich. Dafür ist kein Geld da! Mögen Hunderttausende darben, zugrunde gehen, wir können nicht helfen! Sagt das Reich, sagt der Staat, sagt die Kommune. Aber alle haben für andre Dinge Geld. Für Rüstungen, für erhöhte Zivillisten, für Monarchenbewilligungen — da fehlt es nie. Jetzt geht durch die alldeutsche Presse ein Freudengeheul über die Indienststellung der neuesten „Großkampfschiffe“ und ihre Preise. Ein für die Arbeitslosen sehr lehrreiches Kapitel. Ein einziges dieser Großkampfschiffe, von denen 1914 König, Margraf und Großer Kurfürst den Dienst aufnehmen, kostet

50 130 000 Mark.

von denen 30 Millionen auf den Bau des Schiffkörpers, 18 760 000 Mk. auf die Beschaffung der Artilleriearmierung und 1 370 000 Mk. auf die Torpedoarmierung entfallen. Die Waffen eines solchen Schiffes sind von geradzehn ungeheurerlicher Kraft. 20 Meter lange Geschützrohre von fast 2000 Zentnern Gewicht schleudern Geschosse in der Dicke von 35 bis 40 Zentimetern und im Gewicht von 15 Zentnern 12 bis 15 Kilometer weit, allein die Pulverladung für einen solchen

Diese Ziffern sind sehr imponierend, sie zeigen, daß die Gewerkschaften und Konsumvereine eine äußerst reelle finanzielle Grundlage aufweisen. Wenn nun die „Arbeitsgeberzeitung“ meint, unter diesen Umständen dürfe die bürgerliche Gesellschaft nicht noch mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung „gebrandschagt“ werden, so verstehen wir diesen Stoßkuss.

Die „Arbeitsgeberzeitung“ ist natürlich sehr erbot, daß die Gewerkschaften sich finanziell so sicher stellen, um selbst den größten Kämpfen gegenüber gerüstet zu sein.

Arbeitsmethoden der Berliner Marmorarbeiter unter dem Tagelohnsystem.

Da jetzt an die Berliner Kollegen die Frage der Tarifbindung herantritt, will ich etwas näher auf mißliche Verhältnisse hinweisen, die man sie des öftern antrifft.

Nachdem im Jahre 1910 zwischen dem Verband der Steinmetzgeschäfte und dem Verband der Steinarbeiter Groß-Berlins ein Tarif zustande gekommen war, hoffte man, daß derselbe die mißlichen Verhältnisse in der Berliner Steinmetzbranche beseitigen würde. Das ist in bezug auf die Lohnfrage auch in Erfüllung gegangen; denn vor dem Tarifabschluß bestand neben einem großen Teil Stroharbeit noch eine große Zahl Verpläße, in denen die Lohnunterschiede 20 bis 30 Pfg. pro Stunde betrug, hauptsächlich bei den Schleifern, die einen Lohn von 15 bis 70 Pfg. erhielten. Diese Unregelmäßigkeit wurde also durch den Tarif zum großen Teil beseitigt, indem für die Steinmetzen ein Minimallohn von 80 Pfg. für die Schleifer ein solcher von 68 Pfg. pro Stunde in der Werkstatt geschaffen wurde. Auch ist anzuerkennen, daß diese festgelegten Lohnsätze viel zur Stärkung des Verbands beigetragen haben.

Durch Einführung der Maschinen, Entsehung neuer Betriebe und Vergrößerung derselben hat sich die Produktion bedeutend gehoben. Neue Hilfskräfte wandten sich der Marmorbranche zu, da die angeführten Umstände mehr Leute nötig machten. Wenigstens läßt dieses für die Schleifer zu. Berücksichtigt man die Krise, in der wir uns befinden, und die außerordentlich lange Anzahl und die auch vor Ablauf des Winters wohl kaum verschwinden sein wird, so ist es kein Wunder, wenn arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Daß die Zahl derselben aber so hoch gehen kann, etwa 15 Prozent der Gesamtzahl, mühte sich doch zum Denken Veranlassung geben, ebenso daß die Kollegen, die davon betroffen werden, meist dauernd arbeitslos sind. Da nun Staat und Gemeinde im Punkte Arbeitslosenunterstützung außerordentlich lange Zeit haben, ist es unsere Pflicht, unsere Kollegen von der Strafe zu bringen. Es tritt deshalb die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit mit erneuter Kraft hervor, weil das Ueberangebot die Unternehmer mit den Arbeitenden willkürlich verfahren, und die Kollegen müssen es sich gefallen lassen, um nicht ebenfalls arbeitslos zu werden. Und nicht nur, daß sie sich alles bieten lassen müssen, nein, auch durch äußere Kraftanstrengung tragen sie danach, es den ihnen an Körperkraft oder Intelligenz überlegenen Mitkollegen in bezug auf Arbeitsleistung gleich zu tun, um nicht ihr Brot zu verlieren. Durch die Festsetzung eines Minimallohns sollte doch ein Ausgleich geschaffen sein, indem der Stärkere die Differenz im Arbeiten ausgleicht, die der Durchschnittsarbeiter nicht schaffen kann, ohne seinen Körper zu ruinieren. Wenn auch der Unternehmer nicht danach fragt, so müßten doch die Kollegen meiner Ansicht nach mit ihrem Arbeitsrunder so viel Mühe haben, denn er hat ja dieselben familiären Verpflichtungen wie der Starke. Und das ist der Faktor, den die Kollegen im Klassenkampf nicht erkennen wollen. Lassen wir unsern Sonderposten fallen und denken mal ein wenig an andre, die auch ein Recht auf Arbeit haben so gut wie wir. Wenn wir das nicht lernen, dann müßt uns auch eine Verkürzung der Arbeitszeit nichts, die wir übrigens auch aus andern Gründen fordern sollten. Wo bleibt da der Verband, wenn ein Verfechter am Bau am Tage noch einmal so viel macht wie der andre, ein Maschinenfleischer in der Woche 15 bis 20 Mk. mehr wie seine Kollegen, nur, um vielleicht einen oder zwei Pfennige pro Stunde mehr zu erhalten wie sein Kollege, der insolge geringerer Körperkräfte das nicht imstande ist? Bei solchen Leistungen kann natürlich nur Mangel zustande kommen, der nicht von der Kunststeinindustrie so schwer bedrängte Branche nur zu bedauern kann. Der Unternehmer nutzt unsre Dummheit aus, und man kann es ihm nicht verdenken. Wenn er dem einen 2 Pfg. mehr zahlt wie den andern, so rechnet er damit, daß der Betroffene nun darauf hinarbeiten wird, so viel mehr Arbeit zu leisten, und gleichzeitig die andern angetrieben werden, nun ebenfalls hinterherzuarbeiten, um eventuell auch einmal 1 Pfg. mehr zu bekommen.

Am schlechtesten sieht es damit in der Dornisbranche aus, wo noch ein ganz veraltetes Tarifsystem als Unterlage dient, nach dem der Lohn verdient werden muß; nicht nur der Lohn, sondern noch mehrere Mark darüber, so daß der Unternehmer nicht nur an der Stroharbeit verdient, sondern auch noch an dem festgelegten Lohn. Da arbeiten die Eingefügten nun drauflos, weil ihnen der Unternehmer nun gnädig 2 bis 7 Pfg. mehr gibt, also statt 68 Pfg. vielleicht 70 oder 75 Pfg. Der damit Bedachte ist nun gezwungen, dauernd so zu arbeiten, um diesen Lohn fernhalten, also statt 36 Mk. 40 und mehr zu verdienen, und bedenkt nicht dabei, wie er sich und andre Kollegen schädigt und nennenswertere Arbeitslose schafft. Wer mer nicht imstande ist, dauernd seinen Lohn zu verdienen, wird ohne Gnade und Barmherzigkeit auf die Strafe gesetzt. Ebenfalls schadet er, wenn auch nicht jeder, so doch ein großer Teil, dadurch das Schmierwesen. Denn da keine Kräfte dieses Barges an die Dauer nicht aushalten, rechnet er danach, möglichst gute Stücke zu bekommen und muß sich auf jede Weise an den Vorkauf anzuschießen versuchen. Da dieser es ja in seiner Macht hat, dem Anschließenden durch Ausgabe schlechterer Arbeit seinen Verdienst zu schmälern.

Darum sage ich euch, Kollegen, denkt nach, bei allem, was ihr macht, schafft einen gleichmäßigen Lohn, daß bei jeder in unsern heutigen Verhältnissen einermachen können; arbeitet vernünftig und verzichtet auf die Ausbeuterlöhne, dann wird es uns auch gelingen, einen großen Teil der Arbeitslosen von der Strafe zu bringen, und wir nehmen dem Unternehmern eine mächtige Waffe aus der Hand.

G. Dornbusch.

Außerordentlicher Verbandsstag der Bauarbeiter.

(Die Arbeitslosenunterstützung angenommen.)

Der erste außerordentliche Verbandsstag des Deutschen Bauarbeiterverbands begann am 1. Dezember in Hamburg. Der Verband hat durch seinen prächtigen Anbau um höchsten Gewerkschaften Deutschlands und wohl auch des Auslandes gewonnen. In der Tagung in der 24. Delegierten, 25. Delegierten, der zwei hundertfünfzig Delegierten, dem Ausschussvorsitzenden, den 12. Delegierten und zwei Redaktoren des Grundstein. Der Generalsekretär vertrat Silberstein. Der Generalsekretär der Straße Berlin als Vertreter.

Zur Zeitung der Verhandlungen wurden Carl P. Silberstein, Berlin und Köpfer Hamburg als Vorsitzende bestimmt, sowie die beiden Delegierten zur Zeitung. Die vorgesehene Tagesordnung, die nur die zwei Punkte: Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Verabschiedung wurde bekräftigt.

Der erste Verhandlungstag zum 1. Punkt:

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung

Der erste Verhandlungstag zum 1. Punkt. Er brachte, daß als er vor uns steht und dem Plan der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zugetragen ist, daß er wenig Verständnis gefunden

und seien große Widerstände zu überwinden gewesen. Jahrzehntlang habe der Verband die Möglichkeit der Einführung verneint, da sei es ja begreiflich, daß die Mitglieder den Umarmung nicht gleich verstanden hätten. Die Lohnbewegungen hätten die Erkenntnis gebracht, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Lebensbedingung für den Verband sei. In Jena und Berlin hätten ja einige Kollegen geäußert, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Lohnbewegung abgeschwächt würde. Nichts sei falscher als diese Ansicht. Er, Redner, sei überzeugt, daß mit der Arbeitslosenunterstützung die Kampffähigkeit größer werde als ohne sie. In direktem Sinne stehe die Arbeitslosenunterstützung mit der Lohnbewegung im Zusammenhang, doch in gutem Sinne. Die Lohnbewegungen dürften auch in Zukunft denselben Verlauf nehmen wie bisher. Wenn man auf friedlichem Wege dasselbe erreichen könne, brauche man sich nicht auf einen Kampf einzulassen. Ein Kampf bleibe aber auf die Dauer nicht aus. Die Arbeitslosenunterstützung solle nicht eingeführt werden, um den Kampfzorn zu zerstreuen, sondern um ihn hochzuhalten: die Mitglieder bei Arbeitslosigkeit zu unterstützen, um sie an den Verband zu fetten.

Ich kann heute nicht so freudig wie in Jena für die Arbeitslosenunterstützung eintreten, der eiserne Zwang treibt mich jedoch dazu, die Vorlage zu vertreten. Würden wir heute zum erstenmal diese Frage beraten, würde ich sagen, nein, die heutige Zeit ist nicht dafür geeignet. Wir haben jetzt eine schwere Krise und in Zeiten solch ungünstiger Konjunktur beginnt man sonst solche Neuerungen nicht. Da wir aber das Werk schon begonnen haben, müssen wir es durchziehen. Wir müssen aber berücksichtigen, daß davon das Einführungsdatum abhängt. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben wir gegenüber dem Vorjahre eine Mehrerhebung von einer Viertel Million Mark und eine Mehrausgabe von drei Viertel Millionen Mark. In Streifenunterstützung haben wir allein 377 000 Mk. und an Krankenunterstützung 213 000 Mk. mehr ausgegeben. Das sind bedeutende Ausfälle in solch kurzer Zeit; eine Folge der schlechten Konjunktur! Auch die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen; Ende dieses Jahres werden wir 20 000 Mitglieder weniger haben als am Schlusse des letzten Jahres. Diese Zustände können ja nicht ermuntern, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ich möchte Sie aber dringend bitten, sie im Interesse der Arbeitslosenunterstützung nicht zu beschließen. Wenn wir die Frage noch mal verziehen, dann werden wir sie vor 1918 nicht bekommen. Wir brauchen sie aber vorher. Die reichsrechtliche Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird ja auch kommen, das Deutsche Reich kann sich deren nicht verschließen. Es wird aber wohl noch Jahre bis zu ihrer Einführung dauern. Die kommunale Arbeitslosenunterstützung macht aber immer weitere Fortschritte. Von dieser Unterstützung, die meist nur an die Verbände gewährt wird, die ebenfalls Arbeitslosenunterstützung bezahle, würden aber die Mitglieder des Bauarbeiterverbands ausgeschlossen sein, wenn die Einführung nicht beschlossen würde.

Der Vorstand kann über die Vorlage hinaus nicht gehen. Wir müssen es abschließen, schon jetzt zugestimmen, daß die Arbeitslosenunterstützung auf die beiden Monate Januar und Februar ausgedehnt wird. Zu der Ausdehnung auf das ganze Jahr werden wir ja kommen. Insbesondere, da die Bauaktivität im Winter immer weniger von der Bitterung, von Schnee und Eis abhängig ist, sondern mehr von Geldmarkt. Eine weitere Belastung kann die Vorlage nicht vertragen. Der Vorstand hat aus schwersten Gründen eine kleine Milderung der Unterstüßungssätze vorgenommen, der wir zugestimmen bitten. Der Vorstand ist fest davon überzeugt, daß wir den Verband in Grund und Boden wirtschaften würden, wenn man über die Vorlage hinausgeht. Von einer Kampffähigkeit könnte dann keine Rede mehr sein. Die Vorlage ist von dem Gedanken aufgebaut, die Kampffähigkeit des Verbands nicht zu vernichten, sondern sie zu verstärken. Wer mit uns dies will, der muß auch den Mut haben, seinen Kollegen zu sagen, wir können heute noch nicht weitergehen; der muß der Vorlage des Vorstands seine Zustimmung geben.

An der Diskussion beteiligten sich über 30 Redner. In der namentlichen Abstimmung wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 221 gegen 47 Stimmen beschlossen.

In der Sitzung am Dienstag kam es über den Einführungstermin der Arbeitslosenunterstützung zu eingehenden Debatten. Der Vorstand schlug den 1. Juli 1914 vor. Dieser Termin wurde abgelehnt und der 1. April bestimmt.

Zu der Sitzung am Mittwoch (3. Dezember) wurden noch Fragen allgemeiner Natur erörtert, doch lag ein Bericht über die Verhandlungen bei Reichstagsabschluss noch nicht vor. — Die Arbeiter des Baugewerbes werden den Hamburger Beschluß sicherlich mit großer Genugtuung begrüßen.

Dritter christlich-nationaler Arbeiterkongreß.

In Berlin begann am 1. Dezember der 3. christlich-nationale Arbeiterkongreß.

Der Kongreß wurde eingeleitet durch ein Referat des Redakteurs J. v. Münch-Glabbe über: Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland. Nach der Anbahnung des Referats haben wir es in Deutschland sowohl in politischer Hinsicht wie in sozialer Hinsicht herzlich weit gebracht. Ein großer Teil der sozialen Arbeit sei Wilhelm II. zu danken. Wären wir keine Monarchisten aus Freue und Glauben, wir würden es aus Eigentum und Vernunft. Nebenbei fand der Referent in seinem Hymnus auf den prächtigen Gegenwartsstand schließlich auch einige Worte für das etwas weniger rosig Arbeiterdasein, das durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität noch immer ein unglückseliges sei.

Rechtlich Wasser in den Wein der jüdischen Begeisterung schütete Herr Giesberts, der das nächste Referat über: Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner übernommen hatte. Nach der vorchristlich-nationalen Verbeugung vor dem sozialen Kaiserium sprach er die Vermutung aus, daß das Jahr des kaiserlichen Regierungsjubiläums zu einem Rosstoch aller sozialpolitischen Reaktionen benutzt werde. Wir leben leider in einer Zeit sozialpolitischer Müßiggang und sozialen Mißtrauens, und selten haben sich die antisozialen Bestrebungen so scharf hervorgewagt, wie jetzt. In scharfen Worten wandte sich der Redner gegen das Bestreben auf Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. „Politische Parteien, die sich auf den Boden der Beschlüsse nach Arbeitswilligen stellen, treten in scharfer Gegensatz und in die schärfste Kampflinie zu den christlich-nationalen Arbeitern. Das berüchtigte Wort vom Schutz der Arbeitswilligen birgt eine ganze Welt von sozialpolitischer Reaktion in sich.“ Die stürmische Zustimmung, die der Redner beim letzten Satz fand, läßt klar erkennen, wie gering die politische Einsicht der Beifallsfreudigen ist. Eigen doch zur selben Zeit, wo der Münch-Glabbecher Giesberts voller Empörung gegen die Regierungs- und Unternehmerrückwärtsentwicklung auftritt, die politischen Vertreter der Reaktion als Ehrengäste des Kongresses mitten unter ihnen.

Ein echtes Jesuitenstückchen leistete sich Herr Giesberts am Schluß seiner Ausführungen. Er sagte da: Wir können ruhig abwarten, welche Vorkommnisse die 111 Sozialdemokraten im Reichstage vollziehen werden. Anstatt auf die bürgerlichen Parteien zu schimpfen, denen die Sozialpolitik doch in erster Reihe zu danken ist, mögen die Herren doch einmal ihre Kraft anwenden, um die Sozialdemokratie auf die Arnie zu zwingen. Das hat Herr Giesberts natürlich nicht gesagt, daß, wenn die Sozialdemokraten irgendwelche sozialpolitischen Forderungen erheben, sie zumeist die Gegner des Zentrums sind.

Die von Giesberts beantwortete Resolution forderte: 1. die weitere Auffklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterkampfes; 2. daß die Regierung und die Parlamente von ihren Entscheidungen durch die scharfmacherischen Bestrebungen in bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflusst werden; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter bei Regierung und

den Parlamenten entsetzliche Zurückweisung finden, da jede Einschränkung der Rechte der Arbeiter, namentlich des Koalitions- und Vereinsrechts, und die Abbrödelung der sozialen Gesetzgebung den schärfsten Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorgerufen müßte und nur geeignet sind, die Klassenengegenseite zu verschärfen. Der Kongreß empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der antisozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

In das Giesbertsche Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil recht stürmische Debatte. Einen großen Widerspruch fand die Rede des Delegierten Oskar Richter. Die ungeschickte Vertretung der Forderungen der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung durch den Diskussionsredner wurde oftmals stürmisch unterbrochen. Schließlich schloß Redner, von fortwährenden Schlußrufen unterbrochen, indem er sich gegen die Streikfreiheit wandte.

Kochmann-Berlin führte aus, man solle nicht zu sehr gegen das in Leipzig gebildete Kartell der schaffenden Stände vorgehen, man müsse zunächst den praktischen Erfolg abwarten. (Stürmischer Widerspruch.) Abg. Schiffer konnte dem Redner in keiner Weise beistimmen. Der scharfmacherische Zentralverband deutscher Industrieller sei doch zur Genüge bekannt. Die Führer des Bundes der Landwirte sind sämtlich für Beschränkung, womöglich für Abschaffung der Koalitionsfreiheit. Es sei deshalb dringend notwendig gegen diese Art Kartell entschiedene Front zu machen. Es sprachen alsdann noch Frau v. Schömann-Berlin für den Schutz der Heimarbeiterinnen, Friedberg-Berlin für den Schutz der Heimarbeiter, Syndikus der Gastwirtschaftlichen, Max Bock-Leipzig für die Gastwirtschaftlichen.

Es wurde sodann mitgeteilt, daß Richter nicht kommen könnte. (Stürmischer Widerspruch.) In dem Namen des Bundes der Berliner katholischen Arbeitervereine gesprochen habe. Die Anträge Richters, der Resolution Giesberts hinzuzufügen: „auf dem Boden der christlichen Kirche usw.“ wurde mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts gegen diese Milderung angenommen. Außerdem wurden noch einige Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagsruhe, auf den Schutz der Heimarbeiterinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche usw. bezogen.

In der Dienstagsabstimmung sprach Stegerwald (Köln) über die Lebensmittelversorgung und Lebensmittelverteuerung. Er sprach gegen eine Erhöhung der Zölle, verlor aber kein Wort darüber, daß die ungeheure hohen Lebensmittelpreise beseitigt werden sollen. Er verzichtete auch sehr sänberlich, daß das Zentrum, dem er angehört, von einigen Jahren in frivolster Weise Zollwucher getrieben hat.

Ueber die weiteren Verhandlungen bringen wir in der nächsten Nummer ein allgemeines Resümee.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Wieder lastet die Arbeitslosigkeit mit schwerem Druck auf dem Proletariat und verbreitet Not und Elend überall. Wer sich mit fleißiger Energie ein hübsches Wohlstandserbe erblickt hat, steht auf einmal mit Schrecken, wie seine ganze Existenz auf einer schmalen Kante ruht; eine einzige länger andauernde Arbeitslosigkeit stürzt ihn ins Elend. Machtlos steht er diesem Elend gegenüber; er will arbeiten, er hat die Kraft dazu, aber es ist keine Arbeit vorhanden. Gegen die Krise ist er wehrlos. Die Krise bringt dem Arbeiter Mangel und Not, Verzweiflung und Krankheit; sie bricht seine Kraft und zermürbt seinen Stolz. Und wie viele gehen in einer solchen Katastrophe rettungslos zu Grunde und sinken kraftlos und hilflos ins Lumpenproletariat hinab!

Wer ist schuld daran? Keinen Menschen kann hier eine Schuld treffen. Der Fabrikant, der den arbeitssuchenden Arbeiter abweist, kann auch nichts dafür; es ist eben keine Arbeit da. Die Bestellungen bleiben aus, er kann keine Waren nicht absetzen, und daher kann er auch keine oder nur wenige Arbeiter mehr beschäftigen. Die Krise trifft auch die Unternehmer, von denen die großen es zwar durch ihren Kapitalbesitz ausfallen können, aber viele kleine müssen Bankrott oder müssen ihren Betrieb aufgeben. Die Krise ist eine allgemeine gesellschaftliche Katastrophe, gegen die jeder einzelne machtlos ist. Wie eine Naturgewalt geht sie durch die Welt, zwingt die Mäher zum Stillstehen, hemmt den fieberhaften Arbeitsprozess und treibt die eben noch fleißigen Hände müßig auf die Straße. Jeder muß sich ihr beugen und hilft, wie er nicht seines Glückes Schmied ist, wie ein veraltetes Sprichwort sagt, sondern abhängig von einer höheren Gewalt, die über sein Los gebietet.

In alter Zeit erdachten sich die unwissenden Menschen Götter, übermächtige, geheimnisvolle Wesen, die des Menschen Schicksal regierten und deren Jörn oder Ungnade in den Katastrophen auferte, die die Menschen heimsuchten. Heute werden es nur ganz wenige sein, die bei der Krise an die strafende Hand einer erzürnten Gottheit denken. Jeder mann weiß, daß die Krisen nicht vom Himmel kommen, sondern von der Erde. Die meisten Arbeiter wissen, daß die Krisen aus dem Gesamtgetriebe des Wirtschaftslebens entstehen und daß sie mit Notwendigkeit durch den inneren Mechanismus des Kapitalismus immer aufs neue wieder kommen müssen. Die Wissenschaft der Nationalökonomie hat ihre Enttarnung aus den Gesetzen des Kapitalismus völlig klargemacht; für denjenigen, dessen Geist das Ganze unferne Wirtschaftslebens überblickt, haben sie nichts Uebernatürliches oder Geheimnisvolles mehr.

Die Krisen sind Menschenwerk, und doch scheinen sie etwas Uebermenschliches zu sein. Sie sind das unbewußte und ungewollte Gesamtergebn menschlicher Triebe und menschlicher Handlung. Jeder wird durch die Notwendigkeit zum Leben getrieben, jeder Kapitalist durch die Notwendigkeit, Profit zu machen und sein Kapital zu vermehren; jeder arbeitende Mensch, rechnet, handelt, gründet, spekuliert; keiner kann sich dem entziehen, jeder muß im Wirtschaftsleben so handeln, wie seine Stellung es mit sich bringt, schon aus Selbsterhaltung — und als Gesamtergebn ergibt sich daraus der Wechsel von Prosperität und Krise mit seiner periodisch auftretenden jählichen Arbeitslosigkeit. Das gesellschaftliche Wirken der Menschen ist ihrer eignen Macht, der Einwirkung ihres eignen Willens entrückt, und tritt ihnen als eine fremde, bald fruchtbringende, bald auch verderbliche höhere Gewalt gegenüber.

Steht der Mensch dann diesem Walten völlig machtlos gegenüber? Der Einzelne ja; aber nicht die Menschheit. Keine überirdische Macht kann den Unglücklichen helfen, die unter der Krise leiden; da aber die Ursache Menschenwerk ist, muß auch die Abhilfe in der Gewalt der Menschen liegen.

Am nächsten liegt es, diese Abhilfe innerhalb der bestehenden Ordnung zu erstreben. Wo so viele Arbeiter ob ihres eignes Verschuldens bittere Not leiden durch Ursachen, die in Reizen der Gesellschaft heurndet liegen, da haben sie ein Recht darauf, daß die Allgemeinheit ihnen hilft. Während

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 49.

Sonnabend, den 6. Dezember 1913.

17. Jahrgang.

Ein Urteil, welches sich die Akkordarbeiter merken sollen.

Aus Goldberg (Schlesien) wird uns geschrieben: Seit Oktober vorigen Jahres arbeitete ein Pflastersteinmacher bei dem Unterakkordanten M. Runge. Am 6. September erhielt der Arbeiter nun seinen Lohn, er sollte vielmehr den Verdienst als Vorschuß anerkennen, was mit der Bemerkung verweigert wurde, er habe nie Vorschuß genommen, nehme auch keinen, da er das Geld verdient habe, Schulden sind nicht vorhanden.

Da weder durch persönliches Eingreifen, noch durch die Vermittlung des Organisationsvertreters der Lohn bezahlt wurde, reichte der Arbeiter Klage beim Amtsgericht ein. Der Termin wurde nicht weniger als dreimal vertagt, erst beim vierten Termin wurde zur Verhandlung geschritten. Der Unternehmer hatte Widerklage eingereicht, in welcher noch weitere Ansprüche auf zu liefernde Steine gemacht wurden. Außerdem war noch auf Schadenersatz wegen kündigungswilligen Verlassens der Arbeit verwiesen. Der Vertreter des Unternehmers hatte Abweisung der Klage beantragt, da der Kläger nicht nachweisen könne, wieviel er Steine geliefert bezw. bezahlt erhalten habe.

Die Einwendungen des Klägers, daß der Unternehmer stets die Steine abgenommen und wiederholt gesagt habe, er könne noch einen halben Kubikmeter mehr nehmen, was aber nie gemacht wurde, erhielten keine Berücksichtigung. Die vor Kläger angebotenen Zeugen, welche teilweise wegen ähnlicher Differenzen dem Betrieb den Rücken gekehrt hatten, wurden nicht geladen, jedoch die Zeugen des Unternehmers.

Der Bruder des Beklagten führte aus: Am 26. Oktober 1912 (?) seien 3 Kubikmeter Kleinpflaster gefertigt worden, welche noch nicht fertig waren, als die Steine vermessen wurden, stellte sich heraus, daß diese noch fehlten, daher wurden sie abgezogen, und jetzt seien noch 14 Mf. Schulden da. Als der Gauleiter, welcher auf Antrag als Vertreter des Klägers zugelassen war, an den Zeugen die Frage stellte, ob er denn auch wisse, daß jetzt noch circa 2 Kubikmeter Kleinpflaster nicht vermessen seien, gab er dies zu, betonte aber, sie seien schon bezahlt.

Vom Gauleiter wurden die Ursachen, welche die Klage veranlaßten, angeführt, daß es noch Unternehmer gibt, zu denen auch der Beklagte gehöre, welche bei schlechtem Material, statt Zulagen zu gewähren, einfach einen Kubikmeter Steine zuschreiben, dann bei günstiger Gelegenheit versuchen, den Arbeitern diesen Betrag wieder abzuziehen. Unbegreiflich sei es, daß der Unternehmer mit Forderungen komme, die angeblich 1/4 Jahr zurückliegen und bisher nicht erwähnt wurden. Nahezu 10 Wochen lang wurden die Steine jede Woche gemessen und von fehlendem Material nicht gesprochen.

Der Vertreter des Beklagten betonte darauf, dies seien sozialpolitische Fragen, die nicht hergehören, und beantragte Abweisung der Klage und Anerkennung der Widerklage, da der Kläger nicht in der Lage sei, einen Nachweis über die gelieferten Steine zu geben.

Das Gericht stimmte diesem Antrag in vollem Umfange zu. Eigentümlich muß es herühren, wenn wegen einer solchen Klage der Termin dreimal vertagt wird, der Kläger jedesmal die Zeit verstreuen und Ausreden machen muß. Bei dem Vergarbeitsstreik im Ruhrrevier wurde das beschriebene Verfahren eingeführt, weil es gegen Arbeiter ging. Hier werden vier Termine abgehalten in einer Sache, die ein Gewerbegericht in kurzer Zeit erledigt haben würde.

Für alle im Akkord Beschäftigten ist dies eine Mahnung, stets dahin zu wirken, daß die fertige Ware jede Woche mit geeichten Maßstäben gemessen und wegtransportiert wird. Wenn die Unternehmer durch diese Maßnahmen Schaden hätten, so würde schon längst mit dem Bauhof aufgeräumt sein, sie wissen aber, daß es vorzuziehen ist, einmal einige Kubikmeter nicht zu buchen. Jeder Arbeiter soll es als erste Pflicht betrachten, über die bezahlten und wegtransportierten Arbeiten genau Buch zu führen, dadurch wird viel Ärger und Verdruß erspart und die Arbeiter vor Schaden bewahrt.

Der Verband hat in solchen Fällen schon Hunderte von Mark für Rechtschutz ausgegeben, meistens aber wurden die Prozesse verloren. Die Schottersteinschläger und Pflaster-

steinmacher haben streng darauf zu achten, daß mit den hergestellten Steinprodukten bei jeder Lohnzahlungsperiode pünktlich abgerechnet wird. Geschieht dies nicht und wird dann Feierabend gemacht, dann kommt der Unternehmer mit Abzügen, es werden weitere Prozesse geführt, die Beschäftigten sind aber unsere Kollegen.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann.

III.

Die christlichen Gewerkschaftsführer sind denn auch von der radikalen Gesinnung, der sie eine Zeitlang zueigneten, längst wieder abgekommen. Unter dem Druck des Zentrums und — wie später noch dargelegt werden soll — der Kirche haben sie sich wieder vollständig der Aufgabe zugewendet, die freien Gewerkschaften auf Tod und Leben zu bekämpfen. Sie sind mit Leib und Seele dem reaktionären Kurs ergeben, den die Partei, der sie angehören, auf politischem Gebiete steuert. Und nichts ist unwahrer, als wenn die christlichen Gewerkschaften in ihrem Programm verkünden, daß sie politisch neutrale Organisationen seien. Schon ihr steter Kampf gegen die Sozialdemokratie, den sie in Wort und Schrift und Tat führen, beweist das Gegenteil. Und was sie sonst „politische Neutralität“ nennen, ist weiter nichts als politische Enthaltenssamkeit, um nicht die volksfeindliche Politik des Zentrums zu fördern. Die christlichen Organisationen regen sich nicht, auch wenn im Parlament Fragen verhandelt werden, die das wirtschaftliche Leben der Arbeiter aufs tiefste berühren (Handels-, Zoll- und Steuerfragen); sie regen sich nicht, weil es ihnen an Mut fehlt, dem Zentrum gegenüber die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Aber sie erlauben ihren Führern, als Abgeordnete die schändliche Politik des Zentrums und der Konservativen mitzumachen, die auf Entrechtung und Ausbeutung der Volksmassen ausgeht. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und das Verhältnis zu der konservativ-merikanischen Seite im deutschen Parteileben bricht dem Märchen von der „politischen Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften den Hals!

Die Wendung der christlichen Gewerkschaften zum Klassenkampf und ihre Annäherung an die sozialistische Arbeiterbewegung wurde nicht nur vom Zentrum, sondern viel mehr noch von der Kirche übel aufgenommen. Es sei bemerkt, daß streng kirchlich gesinnte Leute unter den deutschen Katholiken von vornherein mit der Bildung der christlichen Gewerkschaften unzufrieden waren. Ihnen schien das Zusammensein mit evangelischen Arbeitern schon eine große Gefahr für das Seelenheil der katholischen Arbeiter zu bedeuten. Namentlich erregte es in diesen Kreisen auch Anstoß, daß in den Rundgebungen der christlichen Gewerkschaften vielfach die Rede war von allgemein christlichen, das heißt beiden Bekenntnissen gemeinsamen Grundfragen. Gibt es doch nach den Lehren der katholischen Kirche nur ein Christentum, nämlich das der katholischen Kirche, während der evangelische Glaube einen Abfall vom wahren Christentum bedeutet. Der Widerstand dieser streng kirchlichen Kreise im deutschen Katholizismus wuchs, als die christlichen Gewerkschaften sich mehr und mehr der Taktik der freien Verbände bedienten, als sie mehr und mehr auf eine selbständige Arbeiterbewegung zuweichten und mit dem Anspruch auftraten, die wirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder aus eigener Kraft, unter Beiseitlassung geistlicher Ratsschläge und Einmischungen, zu regeln.

Diese überkirchlichen Kreise wußten die Aufmerksamkeit der deutschen Bischöfe auf das Gefährliche der neuen Bewegung hinzulenken und die geistlichen Oberhirten erließen dann im Oktober 1900 ein Schreiben an die Geistlichkeit, worin die christlichen Gewerkschaften als Unternehmungen bezeichnet wurden, die mit den kirchlichen Lehren im Widerspruch ständen und darum für katholische Arbeiter ungeeignet seien. Wenn katholische Arbeiter das Verlangen hätten, ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen, müßten sie sich in ihren Gesellen- und Arbeitervereinen beruhsig gruppieren und in diesen Fachabteilungen, beraten und geleitet von den geistlichen Vorständen, für ihr irdisches Wohl tätig sein. Das war in klipp und klaren Worten die Beurteilung der christlichen Gewerkschaften durch die deutschen Bischöfe! Durch das bischöfliche Urteil ermutigt, gingen die streng kirchlichen Katholiken mit

der Gründung jener von den Bischöfen empfohlenen Fachabteilungen vor. Es bildete sich neben den christlichen Gewerkschaften eine streng katholische Gewerkschaftsbewegung, die sich rühmte, in vollem Einklang mit der kirchlichen Lehre, mit den Forderungen der Päpste und Bestrebungen der geistlichen Autorität zu stehen. Diese Bewegung trat mit viel Entschiedenheit auf, da sie sich der Gunst der hohen und höchsten Geistlichkeit sicher wußte; sie arbeitete mit vielem Eifer und wandte ihre Kraft insbesondere der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften zu. Sie war unsinnig in ihren Voraussetzungen und unfruchtbar in ihren Leistungen, aber schließlich war sie doch nur die ehrliche und folgerichtige Durchführung dessen, was die christlichen Gewerkschaften nur halb zu Ende führten. Ist die Voraussetzung im Programm der christlichen Gewerkschaften richtig, daß die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiter nur unter Beobachtung der christlichen Grundsätze gelöst werden können, dann ist auch die Schlussfolgerung der katholischen Gewerkschaftsleute, geboten, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit katholischer Arbeiter sich nur auf katholischem Boden und in engstem Zusammenhang mit der katholischen Kirche zu vollziehen hat, da es für einen Katholiken nur eine Religion, den katholischen Glauben, geben kann. Die Unsinnigkeit der rein katholischen Gewerkschaftsbewegungen zeigt eben, wohin man kommt, wenn man die Religion mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben verquickt! Die beiden Richtungen in der katholischen Gewerkschaftsbewegung haben sich bis heute auf das heftigste bekämpft. Beide waren bemüht, die Bischöfe und den Papst für sich zu gewinnen und womöglich durch einen Nachspruch von höchster kirchlicher Stelle aus den Gegner zu vernichten. Hierbei zeigte sich mal wiederum die Halbheit und Unehrlichkeit der christlichen Gewerkschaften. In ihrem Programm verkündeten sie, daß sie selbständige Organisationen seien, unabhängig nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin. Wenn sie das wären, was brauchten sie sich dann um die Angriffe und die Anklagen zu kümmern, die von der streng katholischen Richtung in religiöser Hinsicht gegen sie gerichtet werden? Was brauchten sie sich um die Gunst der Bischöfe und des Papstes zu bemühen, was brauchten sie sich zu sorgen, ob sie von der kirchlichen Seite anerkannt oder verurteilt werden? Nein, die christlichen Gewerkschaften sind nicht unabhängig von der Kirche. Ihre Führer haben als Mitglieder der katholischen Partei des Zentrums darauf zu sehen, daß sie es mit der Kirche aus politischen Gründen nicht verderben, und die christlichen Gewerkschaften sind für ihre Agitation so sehr auf die Gunst und die Hilfe der Geistlichen angewiesen, daß sie im selben Augenblick verloren sind, wo die Kirche die Hand von ihnen abzieht oder wider sie mobil macht.

Man versteht also die Bemühungen der christlichen Gewerkschaften, die Angriffe und Anklagen ihrer streng katholischen Brüder bei Papst und Bischöfen abzuwehren. Hierbei hatten sie nur wenig Glück. Das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche hält auf Glaubensreinheit und Unterordnung, und in dieser Beziehung waren ihm die Leute von der katholischen Gewerkschaftsrichtung die besseren Christen. Der Papst lobte sie bei jeder Gelegenheit und pries ihre Grundzüge und Vereinigungen als diejenigen, die seinen vollen Beifall hatten. Nahte sich ihm die andre Seite, so gab es zwar auch einige väterlich freundliche Worte, die aber doch mehr als eine Ermahnung zum Gehorsam und zur Befolgung des rechten Weges klangen. Die Worte des Papstes wurden gegen die katholische Richtung immer freundlicher, gegen die christliche Richtung immer unfreundlicher. Der Streit der beiden Richtungen nahm immer heftigere Formen an, er griff über in das politische Leben der deutschen Katholiken. Da kam nach langem Hin und Her am 24. September 1912 die päpstliche Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage in der Gestalt der Enzyklika Singulari quadam.

Man weiß, daß der Papst jene Bewegung in Italien, die man christliche Demokratie nannte, und eine ähnliche Bewegung in Frankreich, den Sillonismus, verboten hat. Die Mitglieder dieser Bewegungen waren gute Katholiken, die dem Papste Gehorsam in allen Sachen des Glaubens versprochen, die nur eine gewisse Selbständigkeit in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen beanspruchten. Der Papst verlangte auch bezüglich dieser Bestrebungen Unterordnung unter die kirchliche Weisung und Leitung, und weil jene Organisationen nicht auf ihre Selbständigkeit verzichteten wollten, wurden sie kurzerhand verboten. Das-

Reisekizze.

Zu der Nähe der Kreisstadt Bunzlau (Schlesien) liegt der bekannte Steinbruchort Alt-Barthau. Es sind wohl schon viele von uns Steinmehnen, welche in den mitteldeutschen Steinbrüchen Arbeit nicht erhalten konnten, nach Alt-Barthau gewandert, denn in den dortigen Werken konnte man früher meist auf Beschäftigung hoffen. Dieser Ort galt sozusagen mancher als Winterquartier. Diese Bezeichnung kann allerdings jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden, denn die Barthauer müssen selbst öfters nach den Orten Heudorf und Bodenau zur Arbeit fahren. Schreiber dieser Zeilen wanderte auf gut Glück nach den schlesischen Sandsteingebirgen, um auch dort einmal den Knüppel schwingen zu können. Die erste Station war Zwenberg respektive das nahe Plogwitz mit seinen Steinbrüchen. Beim Zutreten mußte ich leider vernehmen, daß Leute nicht mehr eingestellt werden. Beim Durchgehen durch die Werkstätten fällt mir auf, daß viele glatte Arbeit angefertigt wird, und zweitens fallen einem unwillkürlich die blaffen Gesichter der Steinmehnen auf. In die 50 Steinmehnen hatte ich nun gezählt. Meist waren es Leute von 18 bis 32 Jahren, nur einige mochten darüber sein, aber kein einziger hatte ein gesundes Aussehen. Doch dachte ich nicht weiter nach über diese Erscheinung, war doch mein sehnlichster Wunsch, nun bald selbst die Nägel (das Geschür) lassen zu können. Also, so geht's über Ratzwitz, wo ich ebenfalls meine Arbeitskraft nicht an den Mann bringen kann, nach Bunzlau. Doch auch hier Unterlassung zu bekommen war unmöglich; der Geschäftsführer winkt beim Betreten des Bureaus schon ab. Etwas mißgestimmt nahm ich meine Korbhandunterstützung in Empfang und lenkte meine Schritte schließlich nach Alt-Barthau. Die 6 Kilometer Entfernung ist in einer Stunde durchgemessen. Es ist gerade zur Erntezeit, aber die schöne Umgebung, die reichen Aehrenfelder können meine verregnete Stimmung nicht heben, denn der Regen ist schon seit vier Wochen nicht mehr richtig gebiedt worden. Es war eine kleine Erleichterung, als ein zwei Alt-Barthauer Kirchturnmispigen sichtbar wurden, doch das langgestreckte Dorf wird links liegen gelassen und

in wenigen Minuten stehe ich schon auf dem Steinmehwerkplatz. Die Begrüßung der einzelnen Kollegen ist schnell erledigt und nun bin ich besetzt, um Arbeit anzusprechen. Es ist Sonnabend und ich rechne auf negativen Bescheid. Aber diesmal „Schlumperie“ es wie die Steinmehnen zu sagen pflegen, wenn sie Arbeit erhalten. Wegen Logis brauchte ich mir keine Sorge zu machen, diese Angelegenheit war im Handumdrehen erledigt. Bemerkenswert sei, daß vor dem meine „Stuppe“ mit großer Genauigkeit geprüft wurde, denn wie ich erfuhr, hätten einige „Fahnenzieher“ (Schuldenmacher) das Reconnome des Verbands gerade nicht allzu stark gehalten.

So, nun hatte ich wenigstens Arbeit, und wie ich mit ausmalte, sogar recht lohnende Arbeit; jetzt konnte ich meinen Eltern einige Mark zukommen lassen. — Der Sonntag brach heran und nun erfuhr ich, daß nachmittags ein Steinmeh bedürftig werden sollte, dessen Wiege in der Nähe von Prag stand. Es war ganz natürlich, daß ich an dieser Beerdigungsfeier teilnahm. Auch auf die Gefahr hin, wegen meiner gerade nicht sonntäglichen Kleidung unter die Lupe genommen zu werden. Die Beteiligung war eine zahlreiche, ich zählte an die 160 Personen, wohl meistens Berufskollegen. Im Trauerhause hielt ein im schlesischen Gebiete wohlbekanntes Verbandsmitglied eine eindringliche, tief zu Herzen gehende Trauerrede. Da war nichts Einfuhrtes zu bemerken, die Worte klangen so vollständig, daß der Redner wohl von manchem Geistlichen benützt werden konnte. Nur ging es im geordneten Zuge nach dem Friedhof. Eine kirchliche Zeremonie fand auf Wunsch des Verbandspräsidenten nicht statt. Als der Sarg der kühlen Erde übergeben wurde, rollten so manchem Leidtragenden die Tränen aus den Augen. Die anwesenden Steinarbeiter hatten ja schon manchen Kollegen auf dieser Stelle zur letzten Ruhe gebracht. Die Leichenfeier, so einfach und schlicht sie war, machte auf mich einen tiefen, innerlichen Eindruck. Einige Wochen später erfuhr ich, daß auf diesem Friedhof bereits 105 Berufsangehörige beerdigt liegen. (Diese Differenz bezieht sich auf die Jahre 1895—1913.) Das ist für einen so kleinen Ort überreichlich viel. Unsere Verbandsmitglieder üben in der Weise Pietät, daß die Gräber der Verstorbenen,

welche von auswärts stammen, tadellos in Ordnung gehalten werden. Einigen wurden sogar Grabsteine gesetzt, es ist dies ein schöner Akt der Kollegialität.

Der Alt-Barthauer Friedhof spricht zu uns Steinarbeitern eine recht eindringliche Sprache. So manch blutjunger Steinmeh ist in diesem Orte zugewandert, aber nach einigen Jahren trug man ihn hinaus auf den „Steinmehfriedhof“. Wieder andre haben sich auf dem schlesischen Material die Augenwindlust geholt, aber bei eingetretener Krankheit kehrten sie in ihre jüdischen oder böhmischen Heimat zurück. Wenn dieses „Abreißen“ nicht zu vermeiden wäre, auf dem Alt-Barthauer Friedhof könnte man sicherlich 200 Steinarbeitergräber antreffen.

Denn ich auch nur 6 Monate in diesem Ort als Steinmeh tätig sein konnte, die vielen kranken Kollegen, den „Steinmehfriedhof“, welcher noch für viele Steinarbeiter Raum bietet, werde ich nie vergessen.

Wie eine neue Menschenrasse entsteht.

Die Völkerfamilien unserer Tage sind etwas Gegebenes, etwas Vollendetes, denn ihre Entwicklung haben wir nicht miterleben können. Um so wertvoller ist es für das heutige Geschlecht, daß sich ihm die Gelegenheit bietet, die Entstehung einer neuen Menschenrasse zu beobachten. Es ist das erstmal seit Völkern der Menschheit überhaupt, daß wir mit Bewußtsein diesen hochinteressanten Vorgang verfolgen können. Und an diesem Anknüpfungspunkt liegt es, daß noch sehr viele Punkte des ganzen Vorganges in Dunkel gehüllt sind, daß vor allem über die Ursachen noch so gut wie nichts Bestimmtes verlautet. Wir wollen deshalb jetzt nur einen kurzen Blick auf die Tatsachen werfen. Jedem von uns wird es auffallen sein, daß man den Nordamerikaner sofort als solchen erkennen kann, abgesehen von seiner Kleidung und Barthaar. Der Nordamerikaner ist eine Rasse für sich. Die Entstehung dieser verschiedenen Rassen der Einwanderer, aber es hat sich heraus-

selbe Schicksal hatten die Leute der streng katholischen Richtung auch den christlichen Gewerkschaften vorausgelegt, und es besteht kein Zweifel, daß der Papst die Absicht gehabt hat, die christlichen Gewerkschaften zu verbieten. Wenn diese Absicht nicht durchgeführt worden ist, so nur deshalb, weil einflußreiche Leute im deutschen Katholizismus und weil einzelne Bischöfe und weil die deutsche Reichsregierung eingeschritten sind, um das Verbot zu verhindern.

Die Gewerkschaftsengpflika des Papstes Pius X. sprach sich grundsätzlich für die rein katholische Gewerkschaft, die ihre Tätigkeit in stetem Zusammenhange mit der Kirche verrichtet, als für die katholischen Arbeiter geeignete Organisation aus. Er will aber mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Deutschland auch gemischte, das heißt aus katholischen und evangelischen Arbeitern bestehende Gewerkschaften dulden, wo die Bischöfe solche für angebracht halten. Diese bischöflich genehmigten und päpstlich gebilligten Gewerkschaften müssen sich aber jedes Eingriffs in die von den rein katholischen Organisationen besetzten Gebiete enthalten; sie müssen sich ferner verpflichten, den Weisungen der Bischöfe bezüglich der Grundsätze und der Tätigkeit ihrer Organisationen getreulich nachzukommen!

Grundsätzlich vom Papst verurteilt, auf Widerruf gebildet, im übrigen völlig dem Gutdünken der Bischöfe ausgeliefert — das ist nach allerhöchster kirchlicher Entscheidung die gegenwärtige Lage der christlichen Gewerkschaften. Und haben sich die Führer und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegenüber einer solchen Zumutung wie Arbeiter und Männer benommen? Mit nichten! Sie haben sich die Entmannung gefallen lassen und Gehorjam gelobt!

Was der Kirche an den christlichen Gewerkschaften mißfiel, war nicht nur das Zusammenarbeiten von katholischen und evangelischen Arbeitern, nicht nur der Anspruch auf eine gewisse Selbstständigkeit in wirtschaftlichen Bestrebungen, sondern auch die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Streik. Die katholischen Moraltheologen verworfen zwar den Arbeiterausstand nicht grundsätzlich, aber sie umgeben ihn mit sozial Gefährden und Schrecknissen für den Arbeiter, seine Familie und den Staat, daß zwar nicht ein Verbot, doch aber ein dringendes Abhalten des Streiks dabei herauskommt. Jedenfalls aber wird verlangt, daß sich die Arbeiter des Rates der kirchlichen Obrigkeit bedienen, wenn sie in wirtschaftliche Kämpfe größeren Umfangs zu treten gedenken. Um die Stellung der Kirche in Sachen der Arbeiterbewegung, insbesondere des Streiks, zu kennzeichnen, seien hier einige Sätze aus der schon erwähnten Gewerkschaftsengpflika wiedergegeben:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetz übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen.

Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofür die ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.

Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintanhaltung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß.

Bericht von der Distriktskonferenz in Essen.

Bereits am 6. April d. J. beauftragte sich eine Konferenz in Selsenkirchen mit der Entwicklung in der Kunststeinindustrie und den sich in dieser Branche herausgebildeten Mißständen. Es wurde angeregt, weiteres Material zu sammeln und im Laufe des Herbstes noch einmal eine Konferenz in Essen abzuhalten.

Am 23. November fand nun eine weitere Konferenz statt. Kollege Gurrich eröffnete die Konferenz und begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste im Namen der Zahlstelle. Auch wurde Kollege Gurrich durch Jurri als Leiter der Verhandlungen gewählt und als Schriftführer Kollege Bernhardt-Dortmund.

Beteiligt durch Delegierte waren die Zahlstellen: Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Herbede, Elberfeld, Kupferdreh, Grefeld, Selsenkirchen, Bochum und Sprockhövel, außerdem einige Kollegen als Gäste.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Herrmann in seinen Ausführungen eine sachgemäße Übersicht über den Auf-

geheiß, daß diese Vermischung, wenn sie vielleicht auch mitgewirkt hat, doch jedenfalls nicht der einzige Faktor zur Herausbildung einer neuen Rasse gewesen ist. Die Nachkommen der Einwandererfamilien zeigen selbst dann merkliche Rassenveränderungen, wenn eine Vermischung mit irrendem Blut nicht eingetreten ist.

Im Auftrag der Einwanderungskommission der Vereinigten Staaten hat Professor Huxley von der Columbia-Universität Untersuchungen der typischen Merkmale der Einwanderer vorgenommen. Wegen der verfügbaren kurzen Zeit beschränkte sich der Gelehrte darauf, die Verhältnisse der Stadt New York zu untersuchen. Es kamen in Betracht Böhmen, Slowaken, Polnen, Juden, Sizilianer, Arabier, Italiener und Schotten. Bei allen mit Ausnahme der Schotten zeigten sich bemerkenswerte Veränderungen, die freilich nicht alle nach der gleichen Richtung gingen. Die Breite des Gesichts nahm bei allen Typen ab, mit Ausnahme der Schotten. Bei den in Amerika geborenen Böhmen, Slowaken, Ungarn und Polen ist die Körperlänge größer als bei ihren in Europa geborenen Brüdern. Länge und Breite des Kopfes nehmen dagegen ab, die Gesichtsweite sogar sehr stark. Bei den Juden ist ebenfalls eine Verjüngung der Körperlänge und der Kopflänge zu beobachten. Bei den Südbritannern dagegen nimmt die Körperlänge ab und die Kopfbreite und der Kopflänge nehmen zu. Nur bei den Schotten treten keine Veränderungen auf. Daß ein Einfluß der geographischen Umwelt dabei mitwirkt, ist, unterliegt keinem Zweifel, wie weit er aber auszuwirken vermag, entzieht sich noch vollständig unserer Kenntnis. Bemerkenswert ist, daß die schon vor Jahrhunderten eingeführten Rassen ihre Rassenmerkmale rein erhalten haben, daß sich also ein Einfluß durch die Ueberplantung nach Amerika nur bei den weißen Rassen bemerkbar macht. Professor Huxley hat ferner festgestellt, daß die Unterschiede zwischen einwandernden und einwandernden Angehörigen der gleichen Rasse immer größer werden, je längere Zeit zwischen der Einwanderung der Eltern und der Geburt ihrer Kinder verstrichen ist.

Professor Huxley hat ferner festgestellt, daß die Unterschiede zwischen einwandernden und einwandernden Angehörigen der gleichen Rasse immer größer werden, je längere Zeit zwischen der Einwanderung der Eltern und der Geburt ihrer Kinder verstrichen ist.

schonung der Beton- und Kunststeinindustrie in den letzten Jahren, leider zum Schaden der Natursteinindustrie! Redner führte den Kollegen die Klagen der Zement-, Beton- und Kunststeinunternehmer der Leipziger Ausstellung vor Augen, und wie es diese verstanden hätten, mit Hilfe von außergewöhnlich großen Geldmitteln ihre Produkte zur Geltung zu bringen. Redner verwies auf die heutige Bauweise von Warenhäusern und sonstigen Bauten, wie sich der Beton Eingang verschafft hat selbst bei Staatsbauten usw. Auch freilich die Neuerung des Leipziger Bauwerks Scharenberg und den Protest der dortigen Kollegen.

Es waren mehrere Anträge eingegangen. Dortmund beantragt, daß Arbeiten in Stein und dergleichen im Zeitlohn auszuführen sind und man den organisierten Kollegen unterliegen sollte, sich als Zwischenmeister zu betätigen. Essen fordert, daß die Arbeitszeit in Kunststeinbetrieben nicht länger dauern soll, als in Sandsteinbetrieben. Ein Antrag Grefeld verlangte einen einheitlichen Lohnstarif für das betreffende Gewerbe und die Verpflichtung der Unternehmer, für Herstellung guter Gerüste Sorge zu tragen, damit die Kollegen vor Unfällen bewahrt blieben.

Die Diskussion war eine äußerst lebhaft und wurde besonders heftig über den Antrag der Zahlstelle Dortmund debattiert. Die Debatte ergab, daß man das Uebernehmen von harrten Arbeiten an Neubauten in „Kommune“ seitens unserer Kollegen für die nächste Zeit am zweckmäßigsten hielt. So waren dafür die Vertreter von Essen, Elberfeld, Düsseldorf sowie Sino-Dortmund. Kollege Hilger-Köln erläuterte die Verhältnisse besagter Branche in Köln und erklärte, sich der Abstimmung über die inzwischen eingegangene Resolution enthalten zu müssen, da diese Arbeitsverhältnisse in seiner Zahlstelle tariflich geregelt seien. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die am 23. November 1913 in Essen tagende Distriktskonferenz nimmt den Bericht des Leiters über die Verhältnisse der Berufscollegen in der Kunststein- bzw. Betonbranche im rheinisch-westfälischen Industriegebiete entgegen. Er ergibt, daß eine größere Anzahl von Mißständen sich herausgebildet hat.

- Die Konferenz beschließt zu der Angelegenheit folgendes:
- a) Wenn organisierte Kollegen Kunststein- oder Betonarbeiten selbstständig übernehmen, so haben sie die Arbeiten nach einer von der Zahlstellenverwaltung festgelegten Akkordtarifvereinbarung zu übernehmen. Sie haben weiter dahin einzuwilligen, daß die Arbeiten in „Kommune“ (also gemeinschaftlich) auszuführen sind!
 - b) Die Zahlstellenverwaltung hat weiter in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angebracht ist, mit den Unternehmern an Orte eine Richtlinie für Kunststeinarbeiten festzulegen, wonach Minimal-Stundenlöhne oder ein Akkordtarif vereinbart wird.
 - c) In den Kunststeinfabriken soll die Arbeitszeit nicht länger sein, als wie in den anderen am Orte befindlichen Steinmetzbetrieben.

Der Antrag Grefeld fand auch Annahme. Kollege Fischer regte an, bald wieder eine diesbezügliche Konferenz abzuhalten, und wurde seitens der Leitung eine solche zum Frühjahr in Aussicht gestellt und als Tagungsort Bochum bestimmt. Karl Bernhardt, Schriftführer.

Der internationale Straßenbaukongress in München.

Im Jahre 1916 findet in München ein internationaler Straßenbaukongress statt. Die Vorbereitungen hierzu werden jetzt schon getroffen. Man wird sich dabei mit folgenden Fragen beschäftigen:

Einbettung von Straßenbahnstrecken bei den verschiedenen Straßenbefestigungen, als Malakam, Groß- und Kleinsplaster, Holz, Asphalt und sonstigem Material. Jüngst ist Schienenprofil, Schienenfuß und Wagenseite, insoweit die Unterbettung und das Eindringen von Oberflächwasser auf die Zerstörung des Straßenbahnkörpers in Frage und Unterbau von Eisenbahnen? Wie ist danach Oberbau und Straßenkörper bei den verschiedenen Befestigungsarten anzugehalten, welche Erfahrungen liegen hierüber vor? Inwiefern lassen sich Vorrichtungen treffen, um das Geräusch der Fahrzeuge sowie Erschütterungen durch starke Kraftfahrzeuge zu mildern? Sind für den Einbau von Rollbahngleisen in Industrievierteln besondere Maßnahmen erforderlich?

Herstellung und Unterhaltung von städtischen Straßenfahrbahnen in Asphalt- und zwar in Gussasphalt, Hartgussasphalt, Stampfasphalt, Asphaltplatten oder in sonstiger Herstellungsweise. Vorzüge, Mängel und Kosten der einzelnen Verfahren bezüglich Neuanlage und Unterhaltung nach den jetzigen Erfahrungen. Beschaffenheit der verwendeten Materialien. Einheitsliche Bezugsbedingungen und Prüfungsverfahren für letztere. Setzherige Erfahrungen. Kosten des Neubaus und der jährlichen Unterhaltung nach feststehendem einheitlichem Schema.

Anlage von Reitwegen. Art der Ausführung und der zu verwendenden Materialien. Unterbringung der Reitwege im Straßenprofil. Entwässerung derselben. Angaben über setzherige Erfahrungen und Kosten nach einheitlicher Berechnungsweise.

Kleinsplaster. Unter welchen Verhältnissen empfiehlt sich die Anlage von Kleinsplaster a) bei städtischen Wohnstraßen, b) bei Landstraßen. Art der Ausführung, Größe und Beschaffenheit der zur Verwendung kommenden Pflastersteine. Unterhaltung des Kleinsplasters. Erfahrungen über Haltbarkeit, Kosten der Neuanlage und Unterhaltung nach einheitlicher Aufstellung mit Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse und die örtlichen Umstände.

Neuere Erfahrungen über die Herstellung von Malakamstraßen unter Verwendung teurer, bituminöser oder asphaltiger Bindemittel nach dem Riß-, Kranz- oder nach anderweitigem Verfahren. Kosten der Herstellung und Unterhaltung unter Angabe der Per-

zente bei den Mittel- und Osteuropäern sowohl bei Eingewanderten wie bei den Eingeborenen mit der Zeit abnehmen. Je länger die Einwohner sind in den neuen Verhältnissen beizubringen, um so mehr gleichen sich die früher vorhandenen Rassenunterschiede aus. Ein untrügliches Zeichen, daß hier vor unsern Augen eine neue Menschentasse entsteht.

Brot.

Der Hunger kommt vom Dorf gegangen, Einzieht er durch der Städte Tor; So haltet ihm doch eure Stangen Und eure Trommelflöte vor! Troß Pulver und Karätschenschauer Rasth wie ein Vogel ist sein Lauf, Und auf der allerhöchsten Mauer Pflanzet er sein schwarzes Banner auf. Ihr hämpft den Jorraj, o Despoten, Des Volkes nicht, das hungernd droht! Denn die Natur hat ihn geboten, Den Schrei: Brot! Brot! Brot tut uns not!

Der Rabbiner Lutz und Laffen, Das gibt es unsern Siemenjarmen? Sozu noch für der Jüden Hassen Bewaffnen den Jyllopanarm! Das Volk ein Meer! Vom nassen Gerde Brand es heran und schwilt und droht! Erbebt — und gebt dem Pflug die Erde, Und nimmer fehlen wird das Brot! Ihr hämpft den Jorraj, o Despoten, Des Volkes nicht, das hungernd droht! Denn die Natur hat ihn geboten, Den Schrei: Brot! Brot! Brot tut uns not! Ferdinand Freiligrath.

Lehrverhältnisse, nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellt. Hierzu: Einwirkung der Zerbefestigungen auf die Gesundheit der Menschen und von Zugtieren sowie auf den Pflanzenwuchs, Pflanz- und Mittelungen über die Anwendung von Sanitersediment (Weichholzpflaster) im Vergleich zu Hartholz. Anlage von Pflaster in der Gießzone in Straßen mit geräuschmindernden Fahrbahnen. Holzpflasterstreifen längs der Schienenlinie. Wie haben sich die mit Kresolöl unter Hochdruck getränkten Weichholzpflasterstücke bewährt? Einführung einheitlicher Formate für Pflastersteine und Decksteine mit Rücksicht auf die verschiedenen Zweckmäßigkeitsgründe, als Charakter der Straße, Stärke des Verkehrs, Art des Gefells, Preis und sonstiges.

Befestigung steiler Straßen und Gewege. Die zur Anwendung kommenden geeigneten Ausführungsarten und die zur Verwendung kommenden Baumaterialien.

Ingenieure als Akkordarbeiter.

Die Weltfirma Siemens u. Halske galt früher einmal als ein sozialer Musterbetrieb. Nicht etwa, daß der alte Siemens mit Akkord zu vergleichen gewesen wäre, immerhin hatte Werner Siemens eine vornehme und lebenskluge Art, als Unternehmer seine Arbeiter und Angestellten zu behandeln.

Die heutigen leitenden Männer von Siemens u. Halske sind wie von den Siemens-Schudert-Brüdern haben sich von den Traditionen des Gründers weit entfernt. Die Betriebe sind amerikanisiert worden, technisch und arbeitsorganisatorisch hat man sie verfeinert, ein Sekttempo der Arbeit herrscht, ein wachsender Mißbrauch der Kräfte. Und die Toleranz von Werner Siemens anderen politischen Anschauungen gegenüber hat man heute in sein Gegenteil verkehrt. Die Firma hat sich selbst von bürgerlichen Sozialisten sagen lassen müssen, daß sie eine gelbe Bewegung mit den nicht akkordistischen Waffen der wirtschaftlichen Uebermacht und Erpressung ihren Arbeitern aufgezogen habe.

Die Angestellten werden nun auch entsprechend behandelt. Ein Streikfall auf die Umgestaltungsarbeiten der Firma ihren geistigen Arbeitern gegenüber gibt folgender Vorgang: In den Konstruktionsbüros hat man die Einrichtung getroffen, den Ingenieuren für Arbeiten in Akkord zu vergeben. Die Zeichnungen müssen in einer bestimmten Zeit fertiggestellt werden. Quantitätsleistungen werden verlangt, deren Höhe natürlich die Bureaus bestimmen und im Interesse der Firma hinaufstreben. Aber damit nicht genug, die Ingenieure müssen zugleich nach dem Prämiensystem arbeiten, die Arbeit wird in der Arbeitszeit verakkordet, für jede ersparte Stunde bekommt der Ingenieur einen Zuschlag, eine Prämie.

Ein Beispiel. Im Konstruktionsbureau für Schalttafeln wird eine Schalttafel in der Ausführung der Zeichnung vorgegeben. Die Zeit der Fertigstellung wird auf 100 Stunden vom Ingenieur angesetzt. Der „Strichzieher“, eine Berufsbezeichnung, die sich in bitterer Selbstironie die Ingenieure für die Bewertung ihrer eigenen Arbeitsleistung zugelegt haben, macht daran nur 80 Stunden. Für die ersparte Zeit von 20 Stunden bekommt er eine „Prämie“ von 20 mal 50 Pfg. = 10 Mk.

Die Deutsche Industriebeamtens-Zeitung schildert in ihrer letzten Nummer sehr anschaulich, wie unter diesem „Lohnsystem“ der Vergütung einer Zeichnung sich vollzieht. Zuerst findet zwischen dem Zeichner und dem Akkordisten ein Handel und Fleischen um den Wert der Arbeit an Zeichenstunden statt, bei dem der Obergewinn zu einem „Speed-boss“, „Gegewalt“, frei nach Taylor, degradiert wird. Dem nun werden die Angestellten gegenseitig ausgeliefert. Der „Zähler“ brückt die Lieferzeit herab, um möglichst viele 50-Pennig-Einheiten zu verdienen, dann hat man das, was man braucht: in die Akkordisten ist ein Teil hineingekommen, der eine ist des anderen Feind, ein gegenseitiges Unterbieten findet statt, und so ganz unrecht hat der Berichtstatter Flugger in der Industriebeamtens-Zeitung damit nicht, daß dieses hier angelegte Lohnsystem neben der Produktionssteigerung und Produktionsüberwindung auch andere für die Firma sehr günstige Nebenwirkungen auslöst wie Streikertum und Kriegerium, ja sogar Demoralisierungswesen im technischen Bureau herbeiführt.

Die Ingenieure werden also in ihrem eigenen Interesse die Maßnahme abzuwehren haben, was durch den Einzelnen nicht erfolgreich wird: gesehen können, sondern das nur durch organisatorischen Zusammenschluß wirksam erreicht wird.

Für die Firma selbst aber dürfte die Beschäftigung solcher Vorgänge in der Öffentlichkeit noch eine andere sehr unangenehme Seite haben: die Frage der Qualität der Erzeugnisse. Gewiß kann man die Konstruktionsarbeit in großen Werken mechanisieren, durch Arbeitsteilung vereinfachen, aber auch das hat seine gewisse Grenze. Der zeitliche Entwurf einer Anlage muß mit der gerügten Sorgfalt hergestellt werden können, geht aber der Gesichtspunkt der Quantität über den der Qualität, wie das bei einem solchen Treiber-system unausbleiblich ist, so werden sich die Folgen in dem geschäftlichen Ruf der Firma selbst zeigen. Denn es ist fraglich, ob sich kapitalistische und kommunale Verwaltungen bei der Aufgabe ihrer Bestellungen im Sekttempo zusammengesetzte Projektionsarbeiten bieten lassen werden.

Der Hausierer.

Er ist belannt, er ist gefürchtet, er ist allüberall, er ist der Schrecken sämtlicher Versammlungsbefucher. Ohne ihn keine Versammlung, keine Versammlung ohne ihn. Es gibt keine Frage zwischen Himmel und Erde, an die er sich nicht heranwagt. Er redet immer und hat nie etwas zu sagen. Eine Versammlung, in der er nicht geredet hätte, wäre verfehlt, zwecklos gewesen.

Er redet nie unter einer halben Stunde, meist aber viel länger. Wenn er bereits dreimal geredet hat, bellagt er sich, daß man ihn in verführerischer Weise nicht zu Worte kommen lasse und bricht die Länge für das Recht der freien Meinungsäußerung. Der Redner wirkt er vor, daß sie ihn absichtlich nicht in der Reihenfolge eintragen oder andre Redner ihm vorangesetzt habe. Er ist immer mißtrauisch und immer in der Opposition. Von Zeit zu Zeit meldet er sich zur Geschäftsordnung und nach jeder Debatte zu einer persönlichen Bemerkung.

Er beginnt jede Rede so: „Ich hätte eigentlich nichts mehr zu sagen, —“ oder: „Mein Vordredner hat mir schon alles weggenommen, aber —“, oder: „Ich werde mich kurz fassen.“ Schlüsselwort betonen ihn nicht. Auf sonstige Zwischenrufe geht er jedoch mit behaglicher Breite ein. Er schweift immer sehr weit in die Ferne, auch wenn das Gute so nahe liegt. Wenn in einer Betriebsversammlung es sich darum handelt, an den Arbeitgeber das Entschuldig zu richten, Handtücher und Spundnäpfe anzuschaffen, so kommt er gewiß auf den Balkankrieg, auf den Sänglingskrieg und auf den Massenstreik zu sprechen.

Er vermahnt sich stets sehr energisch gegen den Vorwurf, nicht zur Sache gesprochen zu haben. Eine Versammlung, der er beigewohnt, darf schließlich vor Witterung nicht enden.

Einem Stof Anträge und Resolutionen bringt er regelmäßig schon flüchtig geschrieben von zu Hause mit. In Mitglieder-versammlungen beschuldigt er jedesmal den Protokollführer, diese oder jene Stelle aus seiner Rede in der vorhergehenden Versammlung böswillig unterdrückt oder verstellt zu haben. Der Zeugnissberichtstatter ist in seinen Augen die verführte Unfähigkeit, da er seine Ausführungen stets direkt auf den Kopf stellt und schamlos wiederholt.

Mit dem Besuch der Versammlungen ist er nie zufrieden und immer geringere werde und der Indifferentismus unter den Mitgliedern beängstigend zunehme. Er vergißt auch nie, sich als das Musterbeispiel eines gewissenhaften Versammlungsbefuchers vorzuführen und erwidert im Anschluß hieran, wie das Versammlungsleben reformiert werden müsse, und welche Maßnahmen zu treffen seien, um die Irrefolgsigkeit unter der Masse zu bekämpfen und sie zu regem Versammlungsbesuch wieder zu erziehen.

Das ist der Hausierer, deren sich viele auch in Stein- und Arbeiterkreisen befinden.

der Prosperität sind sie massenhaft in die Städte und Industriezentren herangezogen worden; sie haben dort Milliarden über Milliarden an neuem Reichtum für das Kapital geschaffen, aber nie so viel verdient, was sie sich selbst während der Krise unterhalten könnten. Ist es da nicht eine selbstverständliche Forderung, daß die Nutznießer der guten Konjunktur ihnen in der Zeit der Arbeitslosigkeit hinreichend helfen, daß die Arbeiter in der Prosperität genug verdienen, um die regelmäßig zurückkehrende Krisenzeit auch durchhalten zu können? Weil das nun nicht geschieht, wäre die Forderung berechtigt, daß aus dem riesigen Kapitalgewinn die Kosten einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden. Durch das Eingreifen der Gemeinschaft wäre damit zwar nicht die Krise und die Arbeitslosigkeit selbst beseitigt — das ist in dem Kapitalismus nicht möglich — aber doch ihre verhängnisvolle Wirkung, die das Proletariat herunterdrückt und verelendet.

Das wäre alles denkbar, so wie es denkbar ist, daß die herrschende Klasse auch sonst bestrebt wäre, die unvermeidlichen Uebel der herrschenden Produktionsweise für die darunter Leidenden möglichst zu lindern. Aber die Praxis hat schon gezeigt, daß dieses Denkbare eine Utopie ist. Was uns abstrakt möglich erscheint, kann in Wirklichkeit nicht zutreffen. Auch das Denken und Wollen der Menschen ist bestimmten Gesetzen unterworfen. Jede Produktionsweise erzeugt auch die Menschen, die zu ihr gehören, mit den Eigenschaften, die zu dieser Ordnung passen. Eine Produktionsweise, die völlig auf dem Profit beruht, kann nur profitgierige Menschen erzeugen, weil sie solche Triebe großzieht, als hier in dem Lebenskampf Erfolg bringen. Von einer wirklichen „Gemeinschaft“ kann noch keine Rede sein, wo jeder nur für sich selbst kämpft. Nicht nur das Auftreten der Krisen ist ein Naturgesetz der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch, daß von den Menschen nichts anderes zu erwarten ist, als was ihrer Klassenlage, ihrem Klasseninteresse und ihren Klassensituationen entspricht. Daher ist es fruchtlos, darauf zu rechnen, daß irgendein nennenswerter Teil der in den vorigen Jahren verdienten Milliardenprofite jetzt zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wird. Man wird schon froh sein müssen, wenn da und dort ein kleiner Zuschuß von den Arbeitern selbst zusammengebrachten Versicherungssummen geleistet wird.

Ist es aber dann nicht wahr, daß der einzelne auf die Allgemeinheit rechnen kann? Gewiß; aber er sucht sie an verkehrter Stelle, wenn er dabei an den heutigen Klassenstaat denkt. Die Allgemeinheit, die ihm allein helfen kann, ist die Gemeinschaft des Proletariats, die Organisation des arbeitenden Volkes. Sie ist die werdende Menschheit, die als organisierte Gesamtheit die Gesetze der gesellschaftlichen Lebens erkennt und sie zur bewußten Umgestaltung der Produktionsweise anwendet. Was den mächtigen einzelnen als übermenschliche Macht bedrückt, kann beiseite gelassen werden, sobald die Macht der Erkenntnis den Willen der Masse bestimmt und leitet. Das sozialistische Proletariat hat in dem Kapitalismus die Ursache aller seiner Qualen erkannt, und zugleich eingesehen, daß es selbst die Macht in den Händen hat, die diesen Kapitalismus beseitigt. Die Wirkungen des Kapitalismus selbst, namentlich auch die Not der Krisen, werden die Arbeiter immer mehr und fester zusammenrücken und aufklären, und diese organisierte Macht wird den Sozialismus bringen. Die Aufhebung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit unter dem Kapitalismus ist eine Utopie; denn der Wille dazu fehlt den Menschen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit selbst ist keine Utopie, denn die Macht zur Aufhebung des ganzen Kapitalismus bildet sich schon heran.

Daher muß allen Arbeitern, die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit leiden, zugerufen werden: Kein Mensch und keine Himmelsmacht kann euch helfen; aber ihr könnt euch selbst helfen! Allein seid ihr machtlos gegen die gesellschaftliche Macht, die euch niederwirft; aber vereint, organisiert könnt ihr sie besiegen! Der Sozialismus ist das Heilmittel, aber auch das einzige Heilmittel, das es gegen euer Elend gibt! Der Zusammenschluß aller Arbeiter in mächtigen Organisationen und der politische Kampf gegen die bestehende Klasse bilden die Mittel, den Kapitalismus zu stürzen. Je rascher sich alle Arbeiter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft anschließen, je selbstloser sie für die Klassengemeinschaft alles einlegen, um so rascher wird das Ziel erkämpft und alle Not beseitigt sein.

Korrespondenzen.

Bauern (Oberhessen). Am 9. November fand hier eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Herrmann hielt einen Vortrag über die Entstehung und den Wert der Organisation. Es folgte dann unter Punkt Verschiedenes eine lebhafte Auseinandersetzung, wobei auch der zurzeit bestehende Arbeitsmangel in Betracht kam. Da vor 4 Wochen der eine Steinhausermeister von hier starb, wurden 5 organisierte Kollegen wegen Arbeitsmangel und Geschäftsinfraktion entlassen. Kaum hatten die Kollegen die Arbeit verlassen, so wurde ein nicht organisierter Steinhauser eingestellt. Nun hat der zweite Steinhausermeister diese Woche alle Kollegen, bis auf einen, entlassen. Die hiesigen 19 Kollegen haben sich bis auf 3 in diesem Sommer der Organisation angeschlossen, weil sie ihre Familien bei der teuren Lebensweise mit dem hier bezahlten niedrigen Lohn und dem Stundenlohn von 32 und 34 Pfg. nicht mehr unterstützen konnten und ihnen eine geringe Lohnverhöhung nicht gewährt wurde. Die Kollegen von Bauern werden trotzdem treu zur Organisation stehen, denn diese schwere Zeit der Arbeitsnot wird auch vorübergehen und das Sprichwort wird sich auch dann hier bewahrheiten: Ohne Kampf kein Sieg.

Goldberg (Schlesien). Am 28. November tagte im Gasthof zum Neuen Hause eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Steiminger über: Volkswirtschaftliche Streiklichter. Der Referent verstand es, den Anwesenden in klarer Weise vor Augen zu führen, wie sich die Wirtschaftsverhältnisse seit hundert Jahren geändert haben. Unter Verschiedenem wurden unter anderem 12 Mark bewilligt für das Gewerkschaftskartell zur Weihnachtsgabe an Kinder organisierter Eltern. In Goldberg herrscht trotz der vielen Bemühungen der Arbeiter und der Arbeiterpresse noch immer, selbst in organisierten Kreisen, der Schnapsteufel. Wann werden endlich die Kollegen einmal diesen meiden? Kollegen, wenn wir vorwärts kommen wollen, müssen wir schon wohl oder übel solche Wirkstände beseitigen. Ferner sei bemerkt, daß hier am sogenannten Volksberge ein Zwischenmeister namens Max Runge mit der Pfasterherstellung tätig ist. Dieser Herr versteht es ganz ausgezeichnet, Leute aus verschiedenen Gegenden unter allerhand Versprechungen heranzuziehen. Wenn sie dann einige Zeit hier arbeiten, wird ihnen klar, in welcher Weise sie getäuscht wurden. Wir erziehen die Kollegen, soweit Pfasterheimschläger in Betracht kommen. Goldberg zu meiden.

Hamburg. Die Generalversammlung der Zahlstellen Hamburg I und II fand am 19. November statt. Kollege Reumann

gab Bericht über die in der Vorstandssitzung beschlossene Entscheidung für den gemeinschaftlichen Vorstand, welche als Unterlage von der letzten Versammlung verlangt waren. Hieraus ging hervor, daß vom Vorstand für den ersten Kassierenden 45 M., für den zweiten Kassierenden 30 M., für den ersten Kassierer 65 M. und für den zweiten Kassierer 30 M. pro Quartal in Vorschlag gebracht wurden. In der hieran anschließenden Debatte war die große Mehrzahl der Kollegen von der Billigkeit dieser Vorschläge überzeugt. Von Kollegen Melchior wurde noch hervorgehoben, keine Sperrungsbücherei zu treiben, denn die betreffenden Kollegen hätten mit ihrem Amt auch die verbundene Pflicht und Schuldigkeit, stets für das Wohl der Mitglieder auf dem Posten zu sein und manche Nachruhe und der größte Teil der Sonn- und Feiertage gingen ihnen im Interesse der Kollegen, die sich um nichts kümmern, verloren. Der Vorschlag des Vorstandes wurde fast einstimmig angenommen. Ebenso wurde der Vorschlag, die Sitzungsgelder auf 120 M. festzusetzen, angenommen. Aus der Wahl, bei welcher weitgehendste Parteilichkeit gewahrt wurde, damit alle Spezialfächer im Vorstand vertreten sind, gingen hervor: Kollege Reumann als erster, Kollege Marx als zweiter Vorsitzender, Kollege Müller als erster, Kollege Wil. Stoffregen als zweiter Kassierer, Kollege Humke als Schriftführer und die Kollegen Beutmann, Steinhilber, Freigier und Strahburger als Beisitzer, als Revisoren die Kollegen Schöner und Wollert. Vom 1. Januar 1914 ab geht die Geschäftsführung bei der Sektion in die Hände des jetzt gewählten Vorstandes über und hoffen wir, daß jeder Kollege dazu beiträgt, dem neuen Vorstand die Arbeit zu erleichtern. Zum Schluß machte Kollege Beutmann noch auf die Volksfürsorge aufmerksam.

Herford. Am 16. November fand unsere Bezirksversammlung in Lage statt. Als Vorsitzender wurde Kollege Jung gewählt, als Kassierer wurde Kollege Krag, der schon längere Zeit dieses Amt bekleidete, wiedergewählt und als Schriftführer Kollege Grimmer ernannt. Laut letzten Bericht hat sich in Zukunft Kollege Mebel nach der Zahlstelle Herford zu wenden, und es wird die Zentralleitung dringend ersucht, keine Karten nebst Steinarbeiter mehr nach Derlinghausen zu senden. Ferner kam die Schloßbau-Angelegenheit der Firma Kronenberger, Diefeld, zur Sprache; da einzelne Kollegen den versprochenen Lohn von 65 Pfg. pro Stunde nicht erhielten, sondern nur mit 55 und 60 Pfg. abgefertigt wurden; legten die Mitarbeiter die Arbeit nieder. Die Versammlung sah von einer allgemeinen Arbeitsniederlegung ab, jedoch wurde jedem Kollegen anheimgegeben, nicht unter 65 Pfg. pro Stunde bei der Firma Kronenberger zu arbeiten. Es wurde noch beschlossen, sämtliche „Steinarbeiter“-Sendungen für den hiesigen Bezirk nur nach Herford gehen zu lassen, und zwar an den Kassierer Krag-Kerner wird gewünscht, daß zur nächsten Versammlung Gauleiter Bielow als Referent anwesend sein möchte.

Kappelroden. Am 28. November fand im Gasthaus zum Weinberg im Bishlertal eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. In dem unfer Tarif im Frühjahr abläuft, wurde durch Kollegen Braun beantragt, den jetzigen Tarif unter allen Umständen am 1. April zu kündigen. Dieser Antrag wurde von den Kollegen einstimmig angenommen. Da der jetzige Tarif hauptsächlich für bessere Bauarbeiten zu wenig ausgearbeitet ist, so wurde beschlossen, den neuen Tarif für Glieder und Flächen sowie für Profile besser zu gestalten. Zur Ausarbeitung des neuen Tarifs wurden deshalb folgende Kollegen gewählt: Christoph Träger, Mißl Arbinger, Georg Andrej, Giuwino Martino, Santiago Luige und Raffioli Petro. Es ist immer wieder zu bedauern, daß der Tarif von den Kollegen nicht richtig eingehalten wird. In der Diskussion gab es noch ein lebhaftes Hin und Her bezüglich des jetzigen Tarifs. Die Versammlung wurde unter großer Begeisterung geschlossen. Den Kollegen von auswärts, die den weiten Weg ins Bishlertal nicht scheuten, sprechen wir den besten Dank aus.

Kirchheim. Schon über drei Jahre besteht unser Tarif fürs Aufschliffgebiet und man sollte meinen, die Arbeitgeber wären mit allen ihren Positionen im klaren und gemäß, dieselben auch zu bezahlen. Bei jeder Gelegenheit kann man hören: „Wir bezahlen nur nach Tarif und nichts anderes.“ Aber ihre Tarifgrenze ist nicht so weit her. Bei vielen Positionen wird die Sache verdreht. Hauptsächlich Herr Werkführer Stahl (Schilling) versteht die Sache aus dem ff. und ist Meister im Abstreiten berechtigter, durch Tarif und Schiedspruch hergeleiteter Forderungen. Neulich ging er dazu über, die Sätze nur teilweise von den Steinmehlen ausführen zu lassen, die Profilierung aber (höflichen) ließ er im Folgenden oder von Befragten fertigt werden, obwohl er wußte, daß ein solches Verfahren unserm Tarifvertrag widerspricht und schon vor längerer Zeit durch Schiedspruch festgelegt wurde. Ein wiederholtes Vorstellwerden hatte keinen Erfolg. Wer nun erwartet hatte, Herr Stahl zeige dadurch bei anderer Gelegenheit wieder mehr Entgegenkommen, wurde gar arg getäuscht. Zum Dank dafür wurden mehrere Streitigkeiten provoziert (wie schlechte und unzulängliche Bezahlung für Werkführer, Aufbänder von über 1 Kubikmeter großer Werkstücke ohne Hilfsarbeiter, dazu ohne die nötigen Hilfsmittel, wie Binden, Walzen, Seileisen usw.), so daß die Kollegen keinen andern Ausweg wußten, als einmal die Arbeit niederzulegen auf eigenes Risiko. Gleichzeitig war auch schon die Frage der „gelben Schale“ auf und Herr Stahl bestritt damals schon, so wie heute noch, keine gelbe Schale im ganzen Betrieb zu haben. Dadurch waren wir gezwungen, nochmals Probesteine herzustellen und dem Schiedsgericht vorzulegen, das auch zu unsern Gunsten entschied, darauf verweisend, daß solches Material nach Position 50 Ziffer 5 Satz 2 (Vereinbarung) zu bezahlen sei. Und nun kommt das Unglaubliche, Unfassliche: Obwohl besagtes Material im Tarif festgelegt und nochmals durch Schiedspruch bestätigt ist, weigert sich Herr Stahl immer noch hartnäckig, mit uns eine Vereinbarung zu treffen. Aber mit diesen seinen Mandaten wird er diesmal nicht durchkommen, die Kollegen werden alles ausbieten, den Tarif und die Schiedsprüche zur Anerkennung zu bringen bis zur letzten Konsequenz. Oder glaubt Herr Stahl wirklich, daß er Geleiten vor sich hat, die sich alles bieten lassen?

Leipzig. Am 26. November tagte im Volkshaus eine Steinarbeiterversammlung. Da Kollege Steudinger nach auswärts gerufen wurde, war es ihm nicht möglich, den angelegten Vortrag zu halten. Im Gewerkschaftlichen wurde nun über die Anstellung eines besoldeten Baukontrolleurs durch die Bauarbeiterkommission verhandelt. Nach langer Debatte, bei welcher sich die Redner dahin äußerten, daß es doch Pflicht der Stadt wäre, Baukontrollure aus Arbeiterkreisen anzustellen. Da aber doch auch von Seiten der Bauarbeiter mit einem Angestellten nicht auszukommen wäre, wurden die Delegierten beauftragt, gegen die Anstellung zu stimmen. Da das Gerüstmodell, welches auf der Ausstellung gezeigt wurde und nächstes Jahr zur Ausstellung nach Malmö (Schweden) geschickt werden soll, jetzt aber auch von der hiesigen Baugewerkschaft verlangt wird, wurde dem Vorschlag zugestimmt, ein zweites Modell anfertigen zu lassen. Als Tarifkommissionsmitglieder wurden die Kollegen Dippner und Zimpel gewählt. Zum Schluß machte der Kassierer bekannt, daß Sonnabend, 27. Dezember, nicht fassiert wird, und forderte die Kollegen auf, bei jeder Krankmeldung das Werkbandbuch mit einzuschicken, da im Krankenloch die sämtlichen bisher gelieferten Karten eingeschrieben werden müssen.

Mühlhausen i. E. Mehrmals mußten wir uns mit den Umständen bei der Firma Nitzsch am städtischen Schwimmbadneubau beschäftigen. Im Juni bekam die Firma die Arbeiten, circa 800 Kubikmeter, übertragen. Die Hoffnung mancher Kollegen, da Beschäftigung zu finden, war eine trügerische, und nur eine verhältnismäßig geringe Zahl stellte Nitzsch ein. Gleich zu Anfang gab es Differenzen in der Auslegung und Berechnung verschiedener Tarifpositionen. Die Streitigkeiten führten zu einer Arbeitsniederlegung im August. Nach einwöchigem Streik wurde der Streik wieder notwendig hergestell. Am 14. Tage später war Nitzsch dann 7 Kollegen auf das Pflaster. Von einer Arbeitsniederlegung sahen die Kollegen damals ab, da durch einen Streik der Zimmerer die Arbeiten nicht pressierten und die Situation für uns deshalb ungünstig hand. Seither fanden jedoch zur Schlichtung von immer wiederkehrenden Differenzen bei Nitzsch 3 Sitzungen der Tarifschlichtungskommission statt. Die Abmachungen wurden jedoch

immer wieder umgangen. Am 21. November wurden die Kollegen wieder vorbestellt. Es wurde jedoch erwidert, da gibt es überhaupt nichts mehr. Zu einem Mitglied der Kommission, die vorbestellt wurde, meinte der Polier, Herr Jakob Wolf von Nellingen aus der Pfalz: „Seien Sie überhaupt nicht froh, mit Nellingen machen wir Schluß.“ Unter solchen Umständen waren die Kollegen, 11 an der Zahl, gezwungen, die Arbeit am 22. November niederzulegen. Die Vermittlung der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion wurde sofort nachgesucht. Am 25. November wurde dann versucht, mit der städtischen Bauverwaltung und Herrn Nitzsch einig zu werden. Das Resultat der Verhandlung war jedoch fast Null und lehnten es die Kollegen ab, fast bedingungslos die Arbeit aufzunehmen. Eine weitere Sitzung der Tarifschlichtungskommission fand dann am 29. November statt. Herr Nitzsch war jetzt bereit, einen Teil der gestellten Forderungen anzuerkennen. Da es jedoch fraglich erschien, daß die Kollegen so zur Arbeit zurückkehrten, wurde von unserer Seite der Vorschlag gemacht, die ganzen strittigen Punkte dem Tarifschiedsgericht in Straßburg zur Entscheidung zu überweisen. Diesem Vorschlag traten die Unternehmer und auch Herr Nitzsch bei. Eine Mitgliederversammlung vom 29. November sanktionierte dieses ebenfalls und bestimmte den Kollegen Droll als Vertreter von unserer Seite, die Auslegungen des Tarifes bei der Sitzung des Tarifschiedsgerichtes in Straßburg zu vertreten. Weiter lehnte es die Versammlung ab, vor dem Spruch des Schiedsgerichtes die Arbeit aufzunehmen. Mit einigen Worten sei noch des schneidigen Poliers Jakob Wolf gedacht. Dieser war bis im Juni genötigt gewesen, als Steinhauser zu arbeiten, nachdem er früher jahrelang Polier war und als solcher im Maintal, Mannheim, Heidelberg, Rahr usw. Bauten ausführte. Im letzten Winter hatte er bei einem Kollegen Maschinenbau auf dem Plage entnommen und bis heute das Fehlen vergessen. Als der Kollege, der arbeitslos und Familienunterstützung ist, den Herrn an seine Schuld mahnte, wurde er von diesem mit einem Spießisen bedroht.

Legernau. Wie wir schon früher erwähnt haben, herrscht hier Steinmangel. Es sind nämlich wieder vier Kollegen zugereist; sie mußten aber wieder fort, weil sie nicht den nötigen Lebensunterhalt verdienen konnten. Herr Ortner gebrauchte Ausdrücke, wie: „Lüttel ihr im Sommer gepart, so brauchet ihr in Winter nicht Hunger zu leiden.“ Die Kollegen, welche sich im Sommer einige Groschen gepart haben, mögen also zu Herrn Ortner nach Legernau kommen, damit sie die geparteten Groschen wieder aufnehmen. Die Granitarbeiter tun gut, Legernau zu meiden. Herr Ortner hat einigen der Arbeiter auch schon Prügel abgeben. Die Kollegen können somit ersehen, auf welcher geistiger Höhe dieser Mann steht. Das sind ja nette Arbeitgeber, die mit solchen Nebenarten operieren. Herr Ortner kann nur froh sein, daß die Arbeiter bei diesen Nebenarten nicht gleiches mit gleichem vergelten.

Leier. Am 28. November fand im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt. Im allgemeinen wurde lebhaft Klage geführt, daß es die Arbeitgeber trotz wiederholter Klage nicht ernst mit der Bundesratsverordnung nehmen. Wenn auch Hunderte Rubikometer an der Baustelle ausgeführt werden, welche mehrere Monate in Anspruch nehmen, so wird es eben für vorübergehend angesehen. So arbeiten zurzeit an den Kasernenbauten auf einem Plage circa 30 Kollegen, aber die Bude ist bloß für fünf Mann gebaut. Ist die Arbeit nicht besonders eilig, so werden Beschäftigten überhaupt nicht angehört und mit Entlassung gedroht. Im Sommer bekommen die Kollegen ihr Geld am Lohnstage auf die Arbeitsstelle gebracht, im Herbst und Winter ist dieses nicht mehr der Fall; da wahren die Kollegen in Trupps nach des Meisters Selb. Der Meister hat auch auf dem Plage auszugehen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Gauleiter, Kollege Hugo Braun, ist zum Arbeiterssekretär in Gildesheim gewählt und tritt deshalb Anfang Dezember von seiner Funktion zurück. Die eventuelle Neubesetzung wird bis Anfang 1914 zurückgestellt; die Zahlstellen des H. Gauers wollen vorläufig alle Mittelstellen, die für die Gauleitung bestimmt sind, an den Zentralvorstand gelangen lassen, bis die entsprechende Regelung erfolgt ist. Im übrigen verweisen wir auf das Rundschreiben, das die Zahlstellen von der Gauleitung erhalten haben.

Bekanntmachungen der Expedition.

Die Expedition hat zum Besatz des „Steinarbeiter“ die Adressen neu drucken lassen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Neuwahl in der Adresse der örtlichen Empfänger soviel wie möglich keine Änderung vorzunehmen.

Es gehen uns öfter Beschwerden zu, daß sich in den Streifenbändern und Paketen nicht immer diejenige Zahl von „Steinarbeiter“-Exemplaren befinden, welche ziffernmäßig auf der Adresse vermerkt sind. Im Hauptbureau werden die Adressen gebräuchlich fertig gemacht, die Verpackung und Versendung aber besorgt die Expedition der „Leipziger Volkszeitungs“-Druckerei. Bei Reklamationen erlauben wir nun, daß uns die Streifenbänder oder Pakete adressen zugestellt werden, dann können wir die Uebelstände leichter abstellen.

Da jetzt viele italienische Kollegen nach ihrer Heimat reisen, ist es Pflicht, daß die „Steinarbeiter“-Verbreiter den „Operato“ dementsprechend abstellen.

Denn er hatte keine Hertelge!

Rein Weihnachtsmärchen.

„Ihre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ So heißt es zur Weihnachtszeit von allen Kanalen und die „Frommen“ im Lande bekommen zu hören, daß der Heiland geboren sei in Windeln in einer Krippe liegend. „Denn sie hatten keine Herberge.“ Die rühmlichen Krippegänger gedenken wehleidig der tristen Umgebung und sie danken ihrem Gott, daß dergleichen besonders in deutsch-christlichen Ländern nicht mehr vorkomme, allbiweil wir es in der Kultur „so herrlich weit gebracht“.

Wie weit wir es gebracht, das verspüren tausende arme, von der Lebensnot gehegte Menschenkinder tagaus und tagan, besonders zur „Gnadenbringenden“ Weihnachts- und Winterzeit. Hier ein Bild von unsrer Zeiten Schande.

Der Arbeiter Karl Preis ist 77 Jahre alt und „ohne festen Wohnsitz“. Trotz diesem hohen Alter ist er noch so gut wie unbekannt, obwohl er schlimme Jahre hinter sich hat. Einmal bekam der Mann 3 M. Geldstrafe. Er hatte als „alter Veteran“, der „64, 65 und 70 mitgemacht“ bei einem Bezirkskommando um Unterstützung gebeten. Bei der Nachforschung stellte sich heraus, daß der Alte überhaupt nicht Soldat gewesen war. Das war „Betrug“. An einem Tage im September legte sich der Greis in weißen Haaren müde und nah in einen Strohhäuser im Felde bei Dortmund, um zu schlafen. Spät am Abend ritt aber der Landwirt auf sein Feld, um nach den Früchten zu sehen. Das Pferd kam auch an den Strohhäuser und trat Preis auf die Beine. Der alte Mann bat den „lieben Herrn“, ihn doch liegen zu lassen, er habe kein Geld und er wisse nicht, wo er hin solle. Der Landwirt wies den „Reis“ aber hartig fort. Schließlich gab er dem Alten 20 Pfg. mit dem Bedenken, in eine Herberge zu gehen. Dort mußte Preis aber mindestens 30 Pfg. haben. So ging er wieder nach dem Strohhäuser und legte sich hin. Das Stroh brannte in der Nacht ab. Am Morgen ging Preis nach der Polizei und bat um Unterkunft. Er beschuldigte sich, den Brand angezündet zu haben.

Am Sonnabend stand der fast Achtzigjährige vor dem Schuragericht in Dortmund. Er hielt sein Gesichtnis aufrecht und war aufmerksamer froh, daß er nur die „alltägliche“ Auslichtung hatte, auf längere Zeit, und besonders den Winter über „versorgt“ zu sein. Er gab an, daß ihm das Bein geschmerzt habe, er habe schlecht voran gekommen; da sei ihm der Gedanke gekommen, das Stroh anzuzünden, um dann im Gefängnis ein Obdach zu finden.

